

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner  
Staatsministerin Ulrike Scharf  
Abg. Katharina Schulze  
Erster Vizepräsident Karl Freller  
Abg. Thomas Huber  
Abg. Ulrich Singer  
Abg. Robert Riedl  
Abg. Doris Rauscher  
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring  
Abg. Julika Sandt  
Abg. Raimund Swoboda  
Abg. Matthias Enghuber  
Abg. Eva Lettenbauer  
Abg. Tobias Gotthardt  
Abg. Jan Schiffers  
Abg. Diana Stachowitz  
Abg. Petra Högl  
Abg. Kerstin Celina  
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

## **Regierungserklärung der Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales**

### **"Bayern. Gemeinsam. Stark."**

Das Wort hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf.

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Hier an dieser Stelle wurde ich am 23. Februar als bayerische Sozialministerin vereidigt. Ich durfte Ministerin eines Hauses werden, das Großartiges für Bayern leistet. In der Hochphase der Pandemie mussten Tag für Tag neue Entscheidungen zur Unterstützung der Jüngeren, der Älteren, der Schwächeren, für die Kinderbetreuung und für den Dienst an den Menschen getroffen werden. Die nun seit dem Jahr 2018 auf den Weg gebrachten Leistungen stärken die Familien spürbar: das bayerische Familiengeld, das Krippengeld, die Entlastung beim Kindergartenbeitrag.

Meiner Vorgängerin Carolina Trautner danke ich sehr herzlich. Im Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren hast du während der Corona-Pandemie das soziale Bayern krisenfest gemacht und innovative Ideen weiterentwickelt. – Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gleich am 24. Februar – Sie alle kennen dieses Datum – mussten wir unmittelbar anpacken, nach dem Motto: Sofort schnelle Betreuung und kraftvolle Hilfe für die Geflüchteten aus der Ukraine. Aktuell sind es 140.000, meist Frauen und Kinder. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus meinem Hause und aus dem Innenministerium. Ich danke unserem Ministerpräsidenten und der gesamten Staatsregierung. Ich danke auch Ihnen allen für die Unterstützung hier aus dem Hohen Hause.

Bayern hat in dieser Krisenzeit sein soziales Gesicht gezeigt und zeigt es auch in Zukunft. Ich weiß, ich trage als Ministerin für Kinder, für Jugendliche und Familien, als Fürsprecherin für die Älteren, als Anwältin für Menschen mit Behinderung und als Mi-

nisterin für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Verantwortung gerade in diesen Zeiten. Ich bin auch die Ministerin für das gute Miteinander, für die Prävention, gegen Gewalt und Extremismus in unserer Demokratie. Deshalb möchte ich für gegenseitigen Respekt werben und für die Gleichheit in Vielfalt arbeiten. Ich möchte gegen falsche Rollenzuweisungen, veraltete Schablonen und Feindbilder angehen. Ich möchte eine Ministerin sein, die Vorurteile aufbrechen und Diskriminierung überwinden will. Auch diese Aufgaben haben neue Bedeutung erlangt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leben und leben lassen – das ist ein wunderbares und zutiefst bayerisches Credo. Dieser freiheitlichen und toleranten Lebenseinstellung der Menschen in Bayern fühle ich mich verpflichtet. Das bedeutet mit anderen Worten, Diversität in einem umfassenden Sinne tatsächlich zu leben, zu pflegen und zu verteidigen. Vielfalt ist unsere Stärke. Doch wir spüren, dass wir mehr zum Schutz unserer Freiheit in Vielfalt und für unser Zusammenleben in Respekt und Frieden tun müssen. Jede und jeder Einzelne ist gefordert, wir als Abgeordnete, jede Bürgerin, jeder Bürger, in der Arbeit, im Internet, im Bekanntenkreis. Wir müssen mehr tun gegen das Gift von Hass und Lügen. Wir müssen mehr Einsatz für ein stabiles und krisenfestes Miteinander zeigen, damit auch in Zukunft gilt: "Bayern. Gemeinsam. Stark."

Nach vielen persönlichen Begegnungen im ganzen Land sehe ich das soziale Bayern auf einer Bewährungsprobe. Mein erster Tag im Amt der Sozialministerin war überschattet vom Angriff auf die Ukraine, vom Angriff eines rücksichtslosen Despoten. Der Überfall ist ein Zivilisationsbruch. Aus den ersten Monaten in meinem Amt werde ich eine Begegnung in meinem Gedächtnis behalten. In meinem Stimmkreis war ich zu Besuch bei einer Familie, die eine ukrainische Mutter mit ihren zwei Töchtern aufgenommen hat. Dafür haben sie sogar ihr Haus umgebaut. Die Mutter aus der Ukraine hat mir unter Tränen berichtet, dass ihre größere Tochter zu diesem Zeitpunkt bereits wieder zu Hause war. Zum Abschied hat sie ihr gesagt: Mama, ich will zurück nach Kiew, zurück zu meinem geliebten Freund. Er verteidigt unsere Heimat. Er braucht mich. Diese Worte klingen nach. Umso mehr sage ich allen Familien, die Geflüchtete

aufgenommen haben, und allen Tausenden ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern ein ganz herzliches Vergelt's Gott.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Wir haben allen Geflüchteten Schutz und Versorgung gegeben. Nun wollen wir ihnen auch Perspektiven eröffnen. Es ist wichtig, dass die Kinder in die Kita und in die Schule gehen. Die wertvollen Ausbildungen der Erwachsenen sollten rasch anerkannt werden. Ich befinde mich hierzu in einem intensiven Austausch mit allen Zuständigen, wie wir noch besser werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als bayerische Umweltministerin hatte ich die Ehre, für die ökologischen Grundlagen unserer Heimat arbeiten zu dürfen. Nun ist es meine Verantwortung, die sozialen und menschlichen Grundlagen mitzugestalten. Wir alle wissen, diese Grundlagen sind unter Druck geraten. Viele Gewissheiten der letzten Jahrzehnte sind erschüttert. Das Kontinuitätsversprechen für kalkulierbare Lebenswelten ist brüchig geworden. Es gibt zunehmend Zweifel am Zukunftsversprechen der sozialen Marktwirtschaft. Wir alle haben den Satz noch im Ohr: Mein Kind soll es einmal besser haben. Wir müssen alles dafür tun, dass dieses Vertrauen wieder an Kraft und Stabilität gewinnt. Nur wer auf eine soziale und lebenswerte Zukunft vertraut, wagt etwas, hat Freude an Neuem, gründet eine Familie und bringt Kinder zur Welt.

Bayern ist allein im vergangenen Jahr um 37.000 Menschen gewachsen. Das entspricht einer Stadt fast so groß wie Memmingen oder Coburg. Die Zahl der Geburten in Bayern steigt von Jahr zu Jahr. In Bayern wurden im vergangenen Jahr über 134.000 Babys geboren. Das ist innerhalb von 10 Jahren ein Plus von 30.000 Mal Glück und Freude. Die Menschen bekommen Kinder, weil sie an die Zukunft glauben. Das ist für mich als Familienministerin und als Mutter eine großartige Nachricht und etwas sehr Schönes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch wissen wir, dass die Sorgen zunehmen. Wir alle werden in unserer Heimat mit neuen Fragen und Sorgen konfrontiert. Die Menschen fragen uns von Berchtesgaden bis Aschaffenburg: Wie teuer werden unsere Mietnebenkosten? Wie lange reicht meine Rente? Kann der Staat überhaupt noch helfen? – Als Ministerin für Familie, Arbeit und Soziales möchte ich für die Menschen da sein und die Ängste mildern. Dafür brauchen wir langfristige Antworten auf Fragen der Menschen, aber auch Sofortmaßnahmen.

Der allgemeine Preisanstieg, die Inflation führt bereits zu spürbarem Kaufkraftverlust im Monatsbudget eines jeden Haushalts. Dies trifft prozentual besonders hart die Familien, die Rentnerinnen und Rentner, die Alleinerziehenden und die jungen Leute in Ausbildung oder Studium, die keine Rücklagen haben. Die Bundesregierung hat geholfen – keine Frage. Das ist richtig und findet im Grundsatz unsere Unterstützung. Aber ich habe von Anfang an auf eine schwerwiegende Schieflage hingewiesen: Mit ihrem Hilfspaket, zuletzt mit der Energiepauschale, vergisst die Bundesregierung 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Das ist ein sozialpolitischer Skandal, der umgehend korrigiert werden muss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich noch anfügen darf: Von der gestrigen "Konzertierten Aktion" sind nicht viele gute Botschaften übrig geblieben. Vielleicht könnte man auch sagen: Das war ein richtiger Flop.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ist die Ausgangslage in Bayern? Trotz der Mehrfachkrisen und der aktuellen Sorgen geht es den Menschen in Bayern alles in allem gut. Dies belegt der Fünfte Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern. Mit seinen Daten und Fakten schaffen wir ein stabiles Fundament für die Arbeit des Landtags und der Staatsregierung. Ich danke allen, die mit sehr viel Mühe und Einsatz daran mitgewirkt haben, den Bericht so zu erstellen.

Der Bericht zeigt: Das Fundament unseres sozialen Wohlstands ist stabil. Wir haben die geringste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland – 3,5 % im Jahr 2021. Die Menschen hier haben im Ländervergleich die besten Chancen. Bayern hat die höchste Erwerbstätigenquote und die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. Das ist der Bayern-Zweiklang: bundesweit die meisten Menschen in Arbeit und die wenigstens ohne Arbeit. Freuen wir uns über dieses stabile Fundament unseres bayerischen Sozialstaats!

Die Unterschiede zwischen den Landesteilen sind in den vergangenen Jahren immer geringer geworden; auch das ist eine sehr gute Nachricht. Blicken wir auf die einstmals am Arbeitsmarkt wirklich nicht von der Sonne verwöhnte Oberpfalz, stellen wir fest: Heute ist sie eine boomende Zukunftsregion, heute die Nummer eins beim Arbeitsmarkt. Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Jugend findet überall in Bayern gute Chancen, die Familien haben überall gute Perspektiven. Das ist eine sehr gute Nachricht, die uns wirklich positiv in die Zukunft schauen lässt. – Bayern ist Chancenland. Ich danke allen Beteiligten an unseren Paketen für die Ausbildung und die berufliche Weiterbildung. Ich nenne auch den wichtigen Runden Tisch mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, den unser Ministerpräsident einberufen hat. Als Arbeitsministerin danke ich den Tausenden kleinen und großen Unternehmen, den Wirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften. Mir ist es wichtig, immer die zwei Seiten der Medaille zusammen zu denken: Bayern ist sozial stark, wenn es wirtschaftlich stark ist; das ist die unbedingte Voraussetzung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Hand in Hand, miteinander statt gegeneinander – diese soziale Verantwortung, dieser stabile soziale Frieden macht Bayern zum Land der Möglichkeiten. Jeder und jede ist gleich viel wert. Jeder und jede wird dringend gebraucht.

Bayern hat die niedrigste Quote an Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen. Nur 4,5 % der bayerischen Bürgerinnen und Bürger, und damit nur etwa halb so viele wie im Bundesdurchschnitt, bezogen zum Jahresende 2020 Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Bei den Älteren ist die Lage noch etwas besser. In Bayern haben sich viele Menschen nicht nur Wohneigentum, sondern auch weitere Rücklagen für die Altersvorsorge erarbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sozialbericht zeigt: Bayerns soziales Netz trägt. Dabei wird das Netz von zwei Seiten gespannt – Eigenverantwortung auf der einen, Solidarität auf der anderen Seite. Das Prinzip "Fördern und Fordern" hat sich bewährt. Ich habe deshalb wenig Verständnis dafür, dass die Bundesregierung jede Sanktion in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgesetzt hat, auch wenn sie absichtlich jede Kooperation mit den Jobcentern ablehnen. Das demotiviert alle engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern, die doch nichts anderes wollen, als dass gesunde, arbeitsfähige Menschen wieder in Arbeit kommen. Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine Einbahnstraße. Auch das ist soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch etwas möchte ich festhalten: Mit das Schlimmste in unserem Sozialstaat ist die organisierte Sozialkriminalität. Entsprechende Medienberichte über groß angelegten Sozialbetrug wühlen die Menschen auf. Hier wird unser Rechtsstaat verhöhnt und vorgeführt. Ich nenne das eine skrupellose Bereicherung zulasten der hart arbeitenden Menschen. Sie zahlen die Sozialabgaben, sie erarbeiten die Steuereinnahmen. Die Gerichte haben meine volle Rückendeckung, in diesen Fällen mit der ganzen Härte des Rechts vorzugehen. Niemand darf unsere Solidargemeinschaft ausnutzen. Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das sage ich auch zum Schutz der einsatzbereiten und pflichtbewussten Menschen in Bayern. Die Kraft unseres Sozialstaats, meine Kolleginnen und Kollegen, erwächst

aus der Lebensleistung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Das soziale Netz wird getragen von Menschen, die Tag für Tag ihre Pflicht tun, die morgens früh motiviert zur Arbeit gehen, die Kinder erziehen, die Ältere pflegen, die sich nach Feierabend noch im Ehrenamt einbringen.

Der Sozialbericht bestätigt es: Über zwei Drittel der bayerischen Bevölkerung engagieren sich freiwillig oder sind gemeinschaftlich aktiv. Unser Sozialstaat baut auf diesem großen Gemeinsinn und dem Einsatz der Menschen auf. Das sind die Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann, für die er nur seine Unterstützung zur Verfügung stellen kann, und das tun wir auch. An dieser Stelle unser herzlicher Dank für diese Lebenseinstellung und diesen Einsatz für unsere Heimat Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ja, der Applaus für die Ehrenamtlichen ist wirklich wichtig; denn sie leisten Unglaubliches in allen Bereichen. Das haben sie in der Pandemie gezeigt. Aber auch jetzt, in der Ukraine-Krise, erleben wir, was das Ehrenamt uns tatsächlich bringt.

Bayern ist für schwierige Zeiten gerüstet. Der Sozialbericht gibt uns aber auch strukturelle Zukunftsaufgaben mit auf den Weg. Wir müssen weiterkommen, gerade bei der Bekämpfung der Altersarmut von Frauen. Die beste Armutsprävention sind ein guter Arbeitsmarkt und ein möglichst durchgängiges Erwerbsleben. Auch deshalb wollen wir die Ganztagsangebote in der Kinderbetreuung ausbauen. Für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wollen wir die Rente weiter verbessern. Für diese Generation war die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleistung besonders schwierig. Wir wollen ihre Lebensleistung noch stärker anerkennen. Dafür steht die sogenannte Mütterrente 3. Nur so können wir diese Gerechtigkeitslücke schließen und die Erziehungsleistung angemessen honorieren.

Gleiches gilt für die Pflegezeiten, die in der Rente besser berücksichtigt werden sollen. Die Erziehungsarbeit für Kinder, aber auch der Dienst am Pflegebedürftigen muss uns als sozialer Gesellschaft mehr wert sein als in der Vergangenheit.



(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir halten eine neue Rentenreform für erforderlich, verbunden mit der Weiterentwicklung der privaten und der betrieblichen Altersvorsorge. Es muss einen neuen Anlauf geben, liebe Kollegen und Kollegen, um die Rentenversicherung zukunftsfest zu machen.

Neben den aktuellen Aufgaben möchte ich die langfristigen Herausforderungen für unseren Sozialstaat aktiv angehen. Ich nenne nur schlaglichtartig die digitale Transformation – mit allen Chancen, aber auch mit allen Veränderungen. Ich nenne den zunehmenden Wandel in den Erwerbsbiografien mit befristeten Phasen der Selbstständigkeit; auch dafür brauchen wir neue Antworten, wenn es um die Absicherung geht. Und ich nenne das Thema "gläserne Mitarbeitende" als mögliche Folge immer neuer digitaler Tools und Anwendungen. Kurzum: Wir brauchen passgenauere Angebote der sozialen Sicherung und des Arbeitsschutzes.

In der zweiten Jahreshälfte werde ich einen Schwerpunkt bei der neuen Arbeitswelt setzen. Mit den Veranstaltungen meiner Themenplattform "Arbeitswelt 4.0" widmen wir uns der tiefgreifenden Transformation unserer Volkswirtschaft, und auch bei der Berufsbildungsmesse im Dezember richte ich den Blick darauf. Mit einer wissenschaftlichen Fachtagung lege ich einen Fokus auf die globalen Entwicklungen in der Folge für unsere Sozialpolitik. Meine Damen und Herren, neue Fragen brauchen neue Antworten, um unseren Sozialstaat wirklich zukunftsfest zu machen.

Ich freue mich, die Ergebnisse aus dem Fünften Sozialbericht, der uns jetzt vorliegt, mit den Fachausschüssen des Landtags und mit Ihnen allen diskutieren zu können. Mit dem Sozialbericht als Fundament können wir Debatten versachlichen und einseitige Darstellungen zurechtrücken. Dazu leiste ich gerne meinen Beitrag und reiche gerne die Hand. Ich habe nur eine Bitte: Leisten wir als Demokraten keinen Beitrag zur Spaltungsrhetorik der Extremisten. Treiben wir nicht auseinander, sondern bringen

wir zusammen! Wir werden in den kommenden Monaten enger zusammenrücken müssen. Das ist mein Appell an unsere gemeinsame Verantwortung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser christliches Menschenbild bedeutet für mich einen fundamentalen Auftrag. Bayern muss Chancenland für alle sein. Als Sozialministerin liegt mir deshalb die Inklusion von Menschen mit Behinderung sehr am Herzen, ganz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

Es sollte für uns alle ganz selbstverständlich sein, dass Menschen mit und ohne Behinderung miteinander leben, miteinander lernen und miteinander arbeiten. Für dieses Ziel haben wir allein in diesem Jahr aus dem Corona-Investitionsprogramm der Staatsregierung 95 Millionen Euro für Beschäftigungs- und Wohnplätze einsetzen können. Das ist ein Kraftakt im Dienste der Menschen mit Behinderung.

Die berufliche Inklusion für Menschen mit Behinderung – auch das ist wichtig und liegt mir sehr am Herzen – soll ein Schwerpunkt unserer bayerischen Arbeits- und Sozialpolitik sein. 2021 haben wir für die berufliche Inklusion rund 89 Millionen Euro aus Mitteln der Ausgleichsabgabe eingesetzt. Das ist eine Steigerung um 50 % im letzten Jahrzehnt.

Wir werden die Barrierefreiheit im Alltag und damit die Teilhabe der Menschen mit Behinderung weiter verbessern. Mit dem Programm "Bayern barrierefrei" ermöglichen wir individuelle Freiheiten, und dafür sind zwischen 2015 und 2021 790 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Allein in diesem Jahr sind es 146 Millionen Euro. Wir alle wissen: Das ist eine Daueraufgabe. Der Auftrag, Bayern barrierefrei zu machen, kennt keinen Endpunkt und nur ein Ziel, nämlich die Teilhabe und die Freiheit für alle Menschen in Bayern, also gelebte Inklusion.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich darf dem Hohen Haus zudem ankündigen, dass wir im Herbst unsere neue Strategie für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung vorstellen werden.

Zur Diskussion um eine verbesserte Unterstützung der Menschen mit Hörbehinderung möchte ich sagen: Unser Sozialstaat fördert Kommunikationshilfen in vielen Bereichen des Lebens. Aber es reicht leider nicht überall. So haben wir bereits jetzt zusätzlich mehr als 1,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, und ich versichere Ihnen, dass ich die Bedürfnisse der Gehörlosen in Bayern klar sehe. Inklusion von Menschen mit Behinderung ist für die Gesellschaft eine Herausforderung und eine Riesenchance zugleich. Ich werde mich deshalb ganz besonders darum kümmern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stamme aus einem mittelständischen Familienbetrieb und habe seit meiner Kindheit erlebt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern sich immer wieder auf neue Situationen eingestellt haben. Sie sind neugierig geblieben und optimistisch, und ich bin zutiefst überzeugt: Jeden Tag schaffen unsere gut ausgebildeten Fachkräfte den sozialen, den ökonomischen und auch den ökologischen Wohlstand in Bayern. Davor habe ich größten Respekt.

Wir leben in einer Welt des Wandels. Die Stichworte sind Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie. Die Alltagswelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird vernetzter, sie wird innovativer, sie wird sehr viel flexibler, und dabei möchte ich jeden und jede tatkräftig unterstützen, sich fit für die Zukunft zu machen. Das wichtigste Werkzeug ist unser Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0. Ich bin wirklich begeistert von den persönlichen Beispielen auf unserem Weiterbildungstool "kommweiter.bayern.de". Alle Angebote werden natürlich auch an die Betriebe gerichtet. Ich kann nur sagen: Reinschauen lohnt sich.

Mir ist auch ganz wichtig, dass wir die neuen digitalen Chancen und natürlich auch Homeoffice nutzen, auch als bleibende Lehre aus der Pandemie. Das sind große Fortschritte gegenüber den alltäglichen Belastungen der Berufspendler und auch ganz neue Wege einer familienfreundlichen Arbeitswelt. Dazu bin ich mit den Arbeitgeber-

verbänden und den Gewerkschaften eng in Kontakt. Auch der öffentliche Dienst muss hier Vorbild sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Unsere Verfassung spricht es aus: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." – Artikel 125 der Verfassung des Freistaates Bayern. Kinder verbinden das Heute mit dem Morgen. Wo Kinder sind, ist Zukunft, und ich sage aus Überzeugung: Geht es den Kindern gut, geht es den Familien gut, dann geht es auch Bayern gut. Familie ist wertvoll in ihren vielfältigen Formen: Paarfamilien mit Kindern, Großfamilien mit mehreren Generationen, Alleinerziehende, Patchwork-Familien mit adoptierten Kindern und Regenbogen-Familien. Familie hat ganz vielfältige Gesichter. Das alles ist die Vielfalt der Familienmodelle, das alles ist die wertvolle Keimzelle unseres Gemeinwesens. In der Familie wird Urvertrauen vermittelt, Selbstbewusstsein aus Wertschätzung, aber auch Konflikttraining bei gegensätzlichen Interessen.

Mir ist als Familienministerin vor allen Dingen eines wichtig: Dass unsere Kinder lernen, Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Ich bin gerne Familienministerin, denn wir in Bayern sind Familienmenschen. Wenn es ein besonderes Lebensgefühl in Bayern gibt, dem auch die Neubürgerinnen und Neubürger des Freistaates zustimmen können, dann ist es sicherlich eines: Die Menschen haben tiefe Wurzeln. Wir sind keine Nomaden der Globalisierung, keine Sklaven der unendlichen, aber sehr einsamen Konsumwelt. Wir in Bayern denken immer auch an die Nächsten, an die Schwächeren und an die kommenden Generationen. Deshalb gilt für mich gerade in der Familienpolitik: Familie ist, wo Verantwortung füreinander übernommen wird, egal in welcher Form. Das ist meine Überzeugung, das ist mein Credo.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich habe mich auch sehr gefreut, als ich kürzlich eine Studie gelesen habe, für die 10.000 Erwachsene befragt wurden. Diese Studie bestätigt: Familie macht glücklich, und das gilt ganz besonders für Familien mit Kindern. – Wir als Staatsregierung sagen

Ja zu Familien und Kindern. Wir unterstützen die Kinderwunschbehandlung; erst heute wurde im Kabinett auch beschlossen, dass die Finanzierung weitergeht. Hier leistet der Bund leider auch nicht seinen Anteil. Aber in Bayern gilt Vorfahrt für Familien.

Mich freut es deshalb sehr, dass viele Unternehmen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen ganz neuen Standard gestaltet haben und den auch immer noch weiterentwickeln. Unser Familienpakt Bayern ist dabei die Konstante, die Orientierung und Austausch bietet. Über 1.200 Unternehmen und Netzwerkpartner aus ganz Bayern sind bereits Mitglied, lernen voneinander und bekennen gemeinsam: Das Berufsleben muss sich dem Familienleben anpassen, und nicht umgekehrt. Ich danke allen Unternehmen, allen sozialen Einrichtungen und Behörden. Bitte seien Sie weiter Vorbild, und gehen Sie mit den Lerneffekten der Pandemie auch weiter voran für die Mütter, für die Väter, für unsere Familien.

An dieser Stelle darf ich ein großes Kompliment an die bayerischen Väter richten: Seit Einführung der Elterngeld-Leistung entwickelt sich die Zahl der Vätermonate kontinuierlich nach oben. Für die im Jahr 2019 geborenen Kinder sind es bereits 50,7 %. Wir haben wirklich vorbildliche Väter und eine moderne Lebenseinstellung in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat handelt für die Familien wie kein anderes Land in Deutschland. Allein im Jahr 2021 haben wir über 4,1 Milliarden Euro für Familienleistungen zur Verfügung gestellt.

Ich nenne unser Bayerisches Familiengeld. Pro Familie gibt es pro Kind 24 Monate lang 250 Euro, ab dem dritten Kind 300 Euro. Wenn wir rechnen – Bayerisches Familiengeld plus 100 Euro Bayerisches Krippengeld plus 100 Euro bayerische Beitragsentlastung pro Monat für die gesamte Kindergartenzeit –, dann ergibt das für eine Familie mit drei Kindern rund 40.000 Euro.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieses Bekenntnis zu den Familien gibt es nur in Bayern. Es ist umso wichtiger, wenn wir jetzt auf schwierige Zeiten zusteuern.

Aber wir alle wissen: Finanzielle Unterstützung ist nicht alles. Wir müssen auch dann Hilfe leisten, wenn Eltern überfordert sind oder einfach nicht mehr können. Hier leisten unsere 180 Erziehungsberatungsstellen sowie die rund 190 Familienstützpunkte hervorragende Arbeit. Ich bin begeistert von den vielfältigen und ideenreichen Angeboten zum Beispiel des Familien-Coachings, das wir auch im Internet haben und das mittlerweile ein richtiger Renner geworden ist.

Wir stärken den Kinder- und den Jugendschutz in Bayern mit unserem bayerischen Gesamtkonzept für Kinderschutz. Mit der Kinderschutzambulanz als landesweitem Kompetenzzentrum, mit der Stärkung von Kinderschutz online und mit der geplanten Kinderschutz-Hotline unterstützen wir die Kommunen in ihrer wertvollen Arbeit. Ich sage ganz deutlich: Wir befürworten es, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir versuchen alles, um in schwierigen Lebenslagen zu beraten und zu unterstützen. Umso bitterer und schmerzlicher sind die nach wie vor zu hohen Zahlen an Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland. Jede Schwangere, die vor dieser schwierigen Entscheidung steht, trifft eine belastende und lange nachwirkende Gewissensentscheidung. Das bewegt mich.

Doch sehen wir auf der Grundlage unseres Grundgesetzes auch eine Verpflichtung des Staates, das ungeborene Leben zu schützen. Diese Verpflichtung auch in ihrer konkreten Ausgestaltung im Strafgesetzbuch hat das Bundesverfassungsgericht in seinen wegweisenden Entscheidungen so festgestellt. Diese Fragen wühlen uns auf. Es geht mir um den Lebensschutz zu Beginn des Lebens. Es geht mir aber auch um den Lebensschutz am Ende. Denn eines muss klar sein und klar bleiben, was auch

das Bundesverfassungsgericht so festgeschrieben hat: Schwangerschaftsabbruch ist Beendigung von Leben.

Ich bin bei dieser Bundesregierung deshalb in großer Sorge. Nach der klaren und grundsätzlichen Ablehnung der bisherigen Regelung durch Frau Bundesministerin Paus ist für mich eindeutig – im Übrigen bestätigt sie diese Aussagen immer wieder, auch vergangene Woche bei der Konferenz der Gleichstellungsminister in Hamburg –: Sie will sich dem Thema ganz klar verschreiben und den § 218 zum Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch nehmen.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Das ist auch gut so!)

Wo bleibt der Schutz des Lebens, der Lebensschutz des ungeborenen Lebens?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man will den seit 1995 bewährten Kompromiss zu § 218 des Strafgesetzbuches und die damit verbundene Beratungslösung aufkündigen. Aus ideologischen Gründen gefährdet man den nach langem Ringen gefundenen gesellschaftlichen Frieden und die funktionierende Praxis. Damit wird ein bewährtes Miteinander aufs Spiel gesetzt und eine gefährliche Spaltung betrieben.

Dann kommt der Widerspruch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Zugleich will man den Kinderschutz stärken. Man spricht sich im Koalitionsvertrag der Bundesregierung für eine – so wörtlich – kindersensible Justiz aus. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schutz des Rechtsstaates muss gerade auch für das ungeborene Leben gelten. Ansonsten sind all diese Bekenntnisse in solchen Koalitionsverträgen einfach nur unglaubwürdig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben umfassenden Familienleistungen investiert der Freistaat massiv in eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Kinderbetreuung.

Ja, es gibt Probleme, weil Fachkräfte fehlen. Ja, es ist wünschenswert, die Qualität immer weiter zu verbessern. Aber Tatsache ist auch: Kein anderes Land hat so viele Landesmittel in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder bis zur Einschulung investiert, nämlich 1,2 Milliarden Euro nur an Landesmitteln. In den 10.000 Kitas, die wir in Bayern haben, arbeiten mittlerweile 110.000 Pädagoginnen und Pädagogen. Das ist eine großartige Aufbauleistung. Sie alle haben gerade in der Pandemie unglaublich viel geleistet und mehr als ihre Pflicht getan. Ich möchte im Namen des Hohen Hauses allen Erzieherinnen und Erziehern für ihre wertvolle Arbeit danken!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nach dem rasanten Ausbau geht es jetzt vor allem darum, die Qualität der Kinderbetreuung kontinuierlich zu verbessern. Ich nenne die Medienkompetenz. Die neuen Medien bestimmen mehr und mehr den Alltag mit allen Chancen und allen Risiken. Alle Eltern wissen: Mit Verboten kommt man nicht weit. Verbote bringen nichts. Aber Medienkompetenz ist heute so wichtig wie Lesen und Schreiben. Wir haben deshalb die Medienbildung gestärkt. Wir streben eine deutliche Ausweitung unserer Kita-Digitalisierungsstrategie an, unter anderem auch der Digitalisierungs-Coaches, die sich schon jetzt sehr bewährt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber liebe Eltern in ganz Bayern, die vorherige Bundesregierung hat einen Rechtsanspruch auf den Ganztagsplatz für Grundschulkindern beschlossen. Dies gilt aufwachsend für die Jahrgänge ab dem Jahr 2026. Ich begrüße das sehr. Wir als Staatsregierung unterstützen die Kommunen dabei, den künftigen Rechtsanspruch zu erfüllen. Der Freistaat hatte den Kommunen bereits im Vorfeld des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz ab 2013 die Fördergarantie für jeden neuen Platz für Kinder unter drei Jahren gegeben. Nun setzen wir den nächsten Meilenstein für die Grundschulkindern im Alter von über sechs Jahren.

Das ist für Familien und Kommunen eine wichtige Nachricht für dieses Jahrzehnt. Wir geben hier und heute das Förderversprechen. Für jeden Ganztagsplatz für Grund-



schulkinder, den die Kommunen bis zum Jahr 2029 schaffen, garantiert der Freistaat die finanzielle Unterstützung bei den Investitionskosten. Wir unterstützen die Kommunen damit über die Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs hinaus kraftvoll und vor allen Dingen verlässlich. Damit schaffen wir erstens Planungssicherheit für die Familien. Die Eltern können sich darauf verlassen, dass ihre Grundschulkinder ab 2026 auch nachmittags gut betreut sind. Zweitens schaffen wir Planungssicherheit für die Kommunen. Sie können sich auf den Freistaat verlassen. Das ist unser Ganztagsversprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu wollen wir eine Neuauflage unseres Ganztagsgipfels von kommunalen Spitzenverbänden und Staatsregierung einberufen. Jeder Euro, den wir hier investieren, dient nicht nur der Bildung der Kinder, sondern hilft zudem den Familien bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufszeit. Ich bin fest davon überzeugt: Der Ganztagsausbau ist sozial-, wirtschafts- und familienpolitisch gerade jetzt dringend notwendig. Unser Ganztagsversprechen ab 2026 wird zum Markenkern der bayerischen Familienpolitik gehören, so wie das Familiengeld und das Krippengeld im Dienste der Menschen, aber vor allen Dingen im Dienste unserer Kinder stehen.

Doch diese Förderzusage allein löst nicht die Probleme. Wir hören das jeden Tag über die Medien. In vielen Bereichen unseres Sozialstaats fehlen die Fachkräfte, gerade auch in der Kinderbetreuung. Deshalb bin ich dankbar für die vielfältigen Vorschläge aus unserem Bündnis für frühkindliche Bildung. Ich habe erst letzte Woche eine gemeinsame Sitzung geleitet. Wir haben bereits die Ausbildung erleichtert und von fünf Jahren auf vier Jahre verkürzt und modernisiert.

Jetzt wollen wir die Möglichkeiten zur Weiterbildung und Qualifizierung auf ein ganz neues Niveau ausweiten. Wir wollen eine Fortbildungsakademie gründen. Das soll gerade nicht ein zentrales Tageszentrum sein. Wir wollen vielmehr die bestehenden Angebote der etablierten Träger ergänzen und die digitalen Angebote massiv ausbauen.

Damit geben wir gemeinsam einen Schub für die Fort- und Weiterbildung und für die Beratung.

Lassen Sie mich noch einen kleine Werbeblock einfügen, der jenseits des Haushalts der Familienministerin liegt. Sehr geehrter Herr Wissenschaftsminister – jetzt weiß ich gar nicht, ob er da sitzt; er ist da –, lieber Markus Blume, wir brauchen dringend einen Ausbau der Studienplätze für die akademische Kindheitspädagogik und für die soziale Arbeit. Ich darf Sie alle ganz herzlich bitten, dass wir da zusammenwirken und dies auf den Weg bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, junge Menschen mussten in den vergangenen zwei Jahren auf vieles verzichten: Freunde treffen, gemeinsam Sport treiben, gemeinsam Musik machen. Durch diese Belastungen ist der Unterstützungsbedarf von Kindern und Jugendlichen angestiegen. Studien belegen, dass ein Großteil – rund 80 % der jungen Menschen – sich durch die Corona-Pandemie belastet fühlt.

Der Freistaat fördert deshalb die Chancen und die Teilhabe junger Menschen. Ich nenne die Veranstaltungen unserer Aktivierungskampagne überall im Land. Die Jugendsozialarbeit an Schulen und die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit werden bundesweit beachtet. Es sind kraftvolle Erfolgsprojekte für die Jugendlichen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Wir wollen diese Programme ausbauen und weiter fördern.

Wenn es Probleme gibt, lassen wir unsere Jugendlichen auch im Internet nicht im Stich. Ich bin zutiefst begeistert von unseren digitalen Streetworkern. Deren Arbeit konnte ich selbst begutachten. Das ist eine moderne Sozialarbeit, die genau dort ist, wo die Jugendlichen sind, nämlich im Netz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles in allem haben wir die Jugendarbeit – ich darf auch die Summe dazu nennen – mit insgesamt über 36 Millionen Euro im letzten Jahr so stark wie noch nie unterstützt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in diesen unruhigen Zeiten einen Moment innehalten, dann erkennen wir, wie kostbar das Miteinander ist. Lieber Tom Huber, ich selbst habe das bei der bayerischen Wasserwacht erfahren: Im Ehrenamt spüren wir den Herzschlag unseres Sozialstaats.

Vor Kurzem durfte ich die Preise für Innovationen im Ehrenamt verleihen. Im modernen Ehrenamt geht es um kreative, geht es um niederschwellige Ideen – zum Beispiel zur sozialen Vernetzung im Internet. Ich nenne auch die Existenzgründungen von Social Entrepreneurship. Wir fördern mutige Unternehmen auf allen Feldern des sozialen Lebens. Die Amerikaner nennen das Money und Value. Man könnte also sagen: eine Verbindung von Gewinnstreben und Gemeinsinn. Wir unterstützen das mit einem neuen Social-Startup-Hub: Bayern als Startrampe für angehende Sozialunternehmen.

Ich danke gerade den älteren Menschen, die vielfach ehrenamtlich engagiert sind. Sie haben unser Land aufgebaut, und sie haben das moderne Bayern gestaltet. Wir alle haben einen Wunsch: möglichst lange und selbstständig ein aktives und selbstbestimmtes Leben führen können. Wir unterstützen deshalb die Einstellung von Kümmerern in den Gemeinden. Wir fördern Nachbarschaftshilfen, Wohnberatungsstellen, alternative Wohnformen. Dafür steht unser Programm "Selbstbestimmt Leben im Alter", kurz: SeLA.

Wir unterstützen ältere Menschen zudem bei der Nutzung von Tablets, Smartphones und von Internet. Das sind unsere MuT-Programme und -Projekte zu Medien und Technik. Ich möchte hier auch einen weiteren Schritt gehen und die Angebote flächendeckend ausrollen.

Weil wir alle auf den Schultern der älteren Generation in die Zukunft gehen und jeden Tag von ihren Erfahrungen lernen können, möchte ich die Seniorenpolitik vor allem mit den älteren Bürgerinnen und Bürgern machen. Mitgestaltungsrechte und Teilhabe für

alle, politische Partizipation für Jüngere und Ältere – das ist das Lebenselixier, und das umso mehr in diesen schweren Zeiten!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dafür steht auch das neue Gesetz zur Seniorenmitwirkung. Wir schaffen unter anderem einen neuen Landesseniorenrat und verbessern die Mitwirkung der Kommunen. Ich danke allen Beteiligten für diesen Meilenstein in der bayerischen Seniorenpolitik und bitte auch jetzt in den parlamentarischen Beratungen um Ihre Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit vielen Jahren setze ich mich für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Es ist und bleibt einfach ein Skandal, dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger entlohnt werden als Männer. Ich werde hier wirklich keine Ruhe geben und mich in intensiven Gesprächen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden austauschen.

Bei allen Gleichstellungsfragen – das betrifft jetzt wieder uns – hat gerade der öffentliche Dienst eine besondere Vorbildfunktion. Wir wollen deshalb noch in dieser Legislaturperiode das Bayerische Gleichstellungsgesetz novellieren. Ich habe mich, als ich ins Haus gekommen bin, darüber gefreut, wie weit hier die Vorbereitungen schon sind. Ich bin optimistisch, dass wir das schaffen.

Wir haben bei der Gleichstellung in Deutschland über die letzten Jahrzehnte hinweg einen hohen Standard errungen. Das steht außer Frage. Umso mehr schmerzt es mich aber, wenn immer wieder von Unterdrückung und auch von Gewalttaten gegen Frauen zu hören ist. Erst kürzlich waren wir in meiner beschaulichen Heimat Erding alle geschockt, als es mitten in der Stadt zu einem brutalen Messerangriff kam. Erneut ging es um einen innerfamiliären Konflikt. Immer wieder sind gerade Frauen das Opfer.

Lassen Sie es mich klar ausdrücken: Frauen sind nicht die Ehre und nicht der Besitz eines Mannes. Wir in Bayern akzeptieren keinen Staat im Staate, in dem ganz andere

Rechtsvorstellungen nicht nur gepredigt, sondern auf menschenverachtende und oft auch frauenverachtende Weise exekutiert werden. Es gilt hier in unserem Rechtsstaat: Hinschauen und handeln und vor allen Dingen konsequent bestrafen. Darauf ist in unserem Freistaat Verlass.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist wichtig, dass wir jedem Menschen ein selbstbestimmtes angstfreies und gewaltfreies Leben ermöglichen müssen. Wir in Bayern bauen deshalb die Strukturen für die lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen aus. Hinter dem Kürzel LGBTIQ stehen Tausende von Einzelpersonen. Mit unserer Hotline gegen Diskriminierung und Gewalt, mit Beratung vor Ort, aber auch mit Fortbildungen für Fachkräfte unterstützen wir diese Bürgerinnen und Bürger, die sich bei uns wohlfühlen und entfalten können.

Ich verspreche Ihnen: Bayern soll Heimat für alle sein, die respektvoll und fair miteinander umgehen. Jeder, der sich an die Grundwerte unserer Demokratie hält und sie aus Überzeugung lebt, soll sich uns zugehörig fühlen. Wir akzeptieren keinerlei Ausgrenzung und Abwertung aufgrund sexueller Orientierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für die ganz große Mehrheit der Menschen in Bayern sind Toleranz und Respekt wichtige gelebte Werte. Dennoch sind Diskriminierung und Gewalt immer noch alltäglich und haben viele Gesichter. Mit unserem Gesamtkonzept "Bayern gegen Gewalt" und mit unserer Homepage bündeln wir die Hilfe, die Beratung und vor allen Dingen auch die Prävention. Ich werde das Konzept fortschreiben und weiterentwickeln.

Ich möchte besonders bei der Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz vorankommen. Hatespeech rüttelt an den Grundfesten unserer Demokratie. Wer im Netz Hass und Hetze verbreitet, muss zur Verantwortung gezogen werden. Ein wichtiger Schritt hierfür ist die Kooperation der Bayerischen Staatsregierung mit der Meldestelle "Res-

pect!". Betroffene erhalten hier Unterstützung bei der Löschung von Inhalten, bei der Strafverfolgung der Verursacher und, wenn nötig, auch bei der Suche nach emotionaler Unterstützung.

Im Bereich häuslicher und auch sexualisierter Gewalt ist Gewaltschutz immer noch weitgehend Frauenschutz. Wir stellen deshalb einen zweistelligen Millionenbetrag zur finanziellen Unterstützung des Frauenhilfesystems zur Verfügung. Mir ist wichtig, dass wir vor Ort weiterhin Frauenhausplätze schaffen. Zudem sollen Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus auch baldmöglichst wieder in eine eigene Wohnung ziehen können. Wir planen, die sogenannten Second-Stage-Modellprojekte zu verstetigen, und streben an, diese noch weiter in die Fläche zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gewaltschutz misst sich immer an den Schwächsten. Weder Frauen noch Männer dürfen als Ware bezeichnet werden. Ich nehme Warnungen sehr ernst, dass es aufgrund des durch den Ukraine-Krieg verursachten Zustroms von Frauen zu einer Zunahme von Zwangsprostitution kommen könnte. Ich möchte die Ausstiegsberatung aus der Prostitution und die Einstiegsberatung in die berufliche Neuorientierung weiter stärken. Ich werde im Bund dafür kämpfen, dass das Gesetz zum Schutz der Prostituierten deutlich verschärft wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist einfach unerträglich, dass das Mindestalter zur Ausübung von Prostitution noch nicht mindestens 21 Jahre beträgt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Diskriminierung und auch Gewalt treffen leider auch unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich war tief bewegt vom Gedenken an 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland und Bayern. Ich bin stolz, welch tolerante und weltoffene Heimat Bayern ist. Die Gefahren wachsen aber. Der aktuelle Jahresbericht unserer Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS Bayern zeigt: In unserer Gesellschaft gibt es auch heute noch Judenhass und Antisemitismus.

Ich kann nur feststellen: Wehret den Anfängen! Lassen Sie uns zusammen als Phalanx für unsere wehrhafte Demokratie eintreten. Toleranz heißt nicht Beliebigkeit. Toleranz braucht den Schutz vor ihren Gegnern. Toleranz darf nicht zum Opfer ihrer selbst werden.

Jeder muss wissen: Wir in Bayern geben Antisemitismus und Extremismus, wir geben Gewalt und Hass keinen Millimeter Raum, wirklich keinen Millimeter!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In der Pandemie haben wir zu spüren bekommen, wie schwierig der Umgang mit radikalen Einstellungen und mit Verschwörungspropaganda ist. Wenn unser Land von den weltpolitischen Belastungen mit noch größerer Wucht getroffen wird, sind viele in Sorge, dass sich dann die Spaltungstendenzen noch mal verschärfen werden. Ich möchte deshalb einen Beitrag gegen die politischen Giftmischer in den digitalen Echo-kammern leisten.

Ich danke allen, die der jungen Generation mit Programmen wie "mehrWERT Demokratie" unsere demokratischen Grundwerte vermitteln. Mein Dank gilt den wichtigen demokratiefördernden Projekten des Bayerischen Jugendrings, auch dem Wertebündnis Bayern. Ich danke auch vielen anderen Initiativen von Herzen.

Letzte Woche haben wir in meinem Ministerium die Bayerischen Jugendpolitiktage gestartet. Mit unserem Aktionsplan Jugend und mit den jährlichen Kinder- und Jugendkonferenzen binden wir Kinder und Jugendliche ein. Ich bin von dieser selbstbewussten und politisch aktiven Generation wirklich begeistert. Jeder Euro, den wir hier investieren, lohnt sich hundertfach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim traditionellen Pfingsttreffen der Heimatvertriebenen in Hof habe ich drei Tage lang die ganze Paradoxie unserer Zeit erlebt. Wer sehen wollte, welche Erfolge wir für die Völkerverständigung und welche freundschaftliche Nachbarschaft wir in Europa erreicht haben, der konnte das in Hof unmittelbar erfah-

ren. Die Sudetendeutschen als unser vierter Stamm Bayerns sind Zukunftsgestalter Europas und Brückenbauer; sie sind im Herzen treu zu ihrer Heimat und zugleich offen für die Zukunft. Ich sage allen Heimatvertriebenen meinen Respekt und Dank für diese großartige Aufbau- und Versöhnungsleistung im Dienste Bayerns und Europas.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Heimatvertriebenen leben die Werte der europäischen Zusammenarbeit und vermitteln sie der jungen Generation. Deshalb hat der Freistaat Bayern auch ein großartiges Sudetendeutsches Museum gebaut, dessen Besuch ich allen sehr empfehle. Ich werde im September zusammen mit den Verbänden der Heimatvertriebenen nach Tschechien reisen zur Erneuerung unseres Bekenntnisses für die europäische Einheit, für Frieden, für Vielfalt und für Verständigung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Angriff auf die Ukraine ist ein Weckruf. Ich kann der Nobelpreisträgerin Herta Müller nur recht geben. Sie ist im rumänischen Banat aufgewachsen. Sie ist Chronistin der Banater Schwaben unter Stalin. Zusammen mit ihren Mitautoren hat sie an Bundeskanzler Scholz einen offenen Brief geschrieben und den Finger in die europäische Wunde gelegt. Sie verweist darauf, dass die Ukraine ihre Atomwaffen im Vertrauen auf die Sicherheitsgarantie des Westens abgegeben hat, und schließt mit folgenden Worten – ich zitiere –:

Heute kämpft die Ukraine auch für unsere Sicherheit und die Grundwerte des freien Europas.

Die Nobelpreisträgerin hat recht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Hohen Haus, hier im politischen und moralischen Kraftzentrum der bayerischen Demokratie vermitteln wir gemeinsam allen Bürgerinnen und Bürgern: Lassen Sie uns gemeinsam zusammenstehen für unsere europäische Tradition von Humanismus, Aufklärung und christlich-jüdischer Werteordnung. Wir dürfen uns niemals mit Unrecht, Krieg oder Hass abfinden. Verteidigen wir



gemeinsam die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren! Stehen wir zusammen gegen Krieg und Hass, gegen Flucht und Vertreibung! Das sind wir unserer Geschichte schuldig. Das sind wir aber vor allem auch unseren Kindern und Kindeskindern schuldig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Corona-Pandemie und in der aktuellen Flüchtlingswelle hat sich das soziale Bayern als stark und reaktionsschnell bewährt. Die Bürgerinnen und Bürger sind aktiv geworden und sind enger zusammengerückt. Ich setze auf die bayerische Lebenseinstellung, auf unseren Way of Life. Ich setze auf Millionen Menschen, die sich im Ehrenamt einbringen und nach einem harten Arbeitstag Jugendliche trainieren oder Sprachkurse für Flüchtlinge geben. Ich bin stolz auf die Heldinnen und Helden des Alltags, die sich für die Menschen mit Behinderung oder für Pflegebedürftige einsetzen, auf jene, die Tafeln für Bedürftige organisieren oder in Vereinen mit viel Herzblut die Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger voranbringen. Dieses Tag für Tag gelebte Verantwortungsgefühl ist das Fundament für unsere bayerische Heimat, für unsere menschliche Heimat. Mit alledem haben wir in unserem Land schwere Zeiten überstanden; das macht uns Hoffnung für die kommende Zeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Anwältin des sozialen Bayerns gebe ich das folgende Zukunftsversprechen: Die Menschen im Freistaat können sich auf unseren starken Sozialstaat verlassen. Das soziale Netz bleibt fest und stabil. – Gestalten wir Bayern als Chancenland, wirtschaftlich und sozial erfolgreich, und zwar gerade dann, wenn die Zeiten härter werden. Verteidigen wir den Zusammenhalt! Damit Bayern ist und bleibt, wie wir es lieben, unsere menschliche Heimat: "Bayern. Gemeinsam. Stark."

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Staatsministerin, vielen herzlichen Dank. – Bevor wir in die Aussprache eintreten, freue ich mich ganz besonders, eine Delegation des schottischen Parlamentes begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen! A very warm welcome to our Scottish colleagues! All the best to you!

(Allgemeiner Beifall)

Sie sind beim Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zu Gast. Unsere Verbundenheit mit Schottland hat eine lange Tradition. Die Länder Schottland und Bayern sind doch irgendwie ähnlich. Also, herzlich willkommen!

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Die Redezeiten werden neu verteilt. Ursprünglich hatten wir insgesamt 119 Minuten vereinbart. Das wird jetzt alles mit hochgerechnet. – Die erste Rednerin in der Debatte ist die Abgeordnete Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, danke für Ihren Input und das Skizzieren Ihrer Schwerpunkte. Mir fehlten in Ihrer Rede aber die Einordnung der sozialpolitischen Lage und vor allem die politischen Ableitungen daraus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen doch deutlich, dass sich der Sozialstaat durch die Pandemie und die vielen Umbrüche ändern muss – das passiert in Deutschland ja auch schon teilweise. Wir müssen weg von einem passiven Sozialstaat, der erst dann eingreift, wenn der Schaden schon eingetreten ist, und hin zu einem aktiven Sozialstaat, der die Menschen befähigt und auf ihre Bedürfnisse eingeht. In einer Gesellschaft, die so vielfältig ist wie die unsere und die vor großen Herausforderungen steht, ist das genau das richtige Menschenbild. Wir möchten das selbstbestimmte Leben des Einzelnen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Dafür braucht es einen Sozialstaat, der genau das fördert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ja, das kostet etwas; aber das muss es uns wert sein. Ich verstehe an dieser Regierung aber die Haltung nicht – Frau Scharf, das haben Sie heute auch gemacht –, stolz hier vorn zu stehen und überhaupt kein Problem damit zu haben, das Steuergeld wild über das Land zu verteilen, was dann aber zur Folge hat, dass diejenigen, die es benötigen, zu wenig bekommen, und diejenigen, die es ohne Zuschüsse schaffen würden, trotzdem Unterstützung erhalten.

(Thomas Huber (CSU): Machen Sie das in Berlin nicht? – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Kolleginnen und Kollegen, das ist in Zeiten angespannter Haushaltslage und drohender Inflation einfach nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer mehr Menschen leben auch in Bayern in Armut. Armut ist in Bayern vor allem weiblich – Seniorinnen und Familien sind besonders von ihr betroffen. Ja, es schmerzt mich, es schmerzt meine Fraktion zutiefst, dass in Bayern circa 250.000 Kinder und Jugendliche von Armut bedroht sind. Kinder von Alleinerziehenden und Kinder mit vielen Geschwistern sind besonders von Armut betroffen. Frau Scharf, es bringt diesen Kindern nichts, wenn man ihnen sagt: Ja mei, in anderen Bundesländern gibt es noch mehr arme Kinder. Jedes arme Kind ist ein armes Kind zu viel. Wir müssen konsequent gegen Armut arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Gruppen gehören finanziell entlastet. Ich bin froh, dass die Ampel-Regierung auf Bundesebene endlich die Kindergrundsicherung anpackt; denn diese wirkt zielgerichtet und holt Kinder aus der Armut. Sie allein reicht aber nicht. Wir müssen zusätzlich Geld in Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten für alle stecken. Wenn ich mir die bayerische Ausgabenpolitik anschau, dann muss ich Ihnen zurufen: Das Fa-

miliengeld muss endlich nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt ausgezahlt werden, damit das Geld bei denjenigen Familien und bei denjenigen Kindern ankommt, die diese Hilfe dringend benötigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Sache ist klar: Ein erfülltes Leben startet immer auf unbeschwerten Kindesbeinen. Damit jedes Kind in Bayern mit fairen Chancen aufwächst, egal woher es kommt oder woher die Eltern kommen, müssen wir dringend in die Bildungs- und Betreuungsangebote für die Kleinsten investieren. Wenn man Ihre Politik anschaut, muss man sich fragen, ob es klug ist, dass der Großteil des Geldes aus dem bundesweit geltenden Gute-KiTa-Gesetz in Bayern in den Gebührenzuschuss für die Eltern fließt, und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Frau Ministerin, dann stehen Sie hier vorn und sagen: Ja, das mit dem Fachkräftemangel ist ein Problem, gegen das ich etwas tun möchte. – Sie sind die Ministerin. Sie sind in der Regierung. Der Fachkräftemangel ist nicht erst seit heute bekannt. Heute kam aber erneut eine Studie heraus, in der es hieß: Bis 2030 fehlen in Bayern rund 67.000 pädagogische Fachkräfte für die Kita und die Ganztagsbetreuung. Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Problem!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir befinden uns schon seit Jahren in einem Teufelskreis. Der Fachkräftemangel führt zu einer hohen Belastung des Personals; das wiederum führt zu mehr Fachkräftemangel. Aus diesem Teufelskreis müssen wir endlich ausbrechen. Das schaffen wir nur, indem wir Geld für mehr Erzieherinnen und Erzieher, für pädagogische Fachkräfte und für die Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher in die Hand nehmen. Wir müssen diese Fachkräfte wieder für die Kitas zurückgewinnen. Damit legen wir die Basis für Zukunfts- und Bildungschancen für alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Frau Scharf, damit komme ich zu dem zweiten Punkt. Sie haben heute oft gesagt, dass wir gemeinsam stark seien. Wir sind aber nur gemeinsam stark, wenn alle die gleichen Rechte und Chancen haben. Das haben wir in unserem Land aber nicht. Ich habe in Ihrem Vortrag nichts davon gehört, dass wir uns weltweit in einem Rückschritt von sicher geglaubten Frauenrechten befinden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein massives Problem für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, für die Frauen und für deren Rechte überhaupt. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

Das aktuellste Beispiel dafür, das in den letzten Tagen durch die Presse ging, ist das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen durch den Supreme Court in den USA. Frauen wurde damit das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung genommen, und das im Jahre 2022. Frau Scharf, deswegen war ich höchst irritiert, als Sie gerade hier vorne gesagt haben: Na ja, dass die Ampel § 219a aus dem Strafgesetzbuch streicht, erfüllt mich mit Sorge. Jetzt denkt sie auch noch über § 218a nach. – Ich möchte Ihnen einmal etwas sagen: Keine Frau macht sich einen Schwangerschaftsabbruch leicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Selbst wenn Schwangerschaftsabbrüche verboten werden, werden sie trotzdem stattfinden, nur weniger sicher. Deswegen ist es Aufgabe einer Familienministerin, einer Regierung und eines progressiven Parlaments, Schwangerschaftsabbrüche als Teil der Gesundheitsversorgung zu begreifen und natürlich auch zu unterstützen, dass Ärztinnen und Ärzte zu diesem Thema geschult werden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gibt es doch nicht!)

Wenn eine Frau diese schwierige Entscheidung trifft, muss sie Informationen bekommen und einen Arzt finden, zu dem sie gehen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gibt es alles!)

– Nein, damit kommen Sie mir jetzt nicht! Gerade wurde hier reingerufen: "Das gibt es alles". Haben Sie sich einmal die Zahlen angeschaut? – In Bayern gibt es im Vergleich zu allen Bundesländern die wenigsten Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das liegt nicht an der Aufklärung!)

Das ist das Problem für Frauen, die in Bayern leben und vor dieser schwierigen Entscheidung stehen. Da ist es Aufgabe der Regierung, diese Informationen und diese Unterstützung bereitzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wahnsinn!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, allein an dieser kleinen Debatte sehen wir schon, dass wir nicht nur für die vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern weiterkämpfen müssen, sondern dass wir sogar darum kämpfen müssen, das bisher Erreichte nicht wieder zu verlieren. Diesen Kampf müssen wir auch in Bayern führen. Sehen wir uns an, woher das alles kommt: Die Wurzel dafür liegt im Antifeminismus, der von verschiedensten Gruppierungen gemeinsam als Grund hergenommen wird, um sich gegen Gleichstellung, gegen sexuelle, reproduktive Gesundheit und die Rechte von queeren Menschen starkzumachen. Ich möchte ganz klar sagen: Es ist genug Ehe für alle da. Niemandem wird irgendetwas weggenommen, wenn andere über ihre Lebensweise und über ihren eigenen Körper selbst entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist Zeit für eine Offensive. Bayern sollte das erste gleichberechtigte Bundesland in dieser Bundesrepublik werden; denn Gleichberechtigung tut Männern und Frauen gut. Gleichberechtigung tut der gesamten Gesellschaft gut; denn sie befreit uns alle von den Fesseln der Stereotypen und lässt uns unser Leben so leben, wie wir es ganz

persönlich gerne möchten. Einige werden denken: Na ja, bei der Gleichstellung sind wir doch schon superweit. – Ich möchte Ihnen einmal eine Zahl nennen; denn von einer echten Gleichstellung sind wir noch Jahre entfernt: 2019 rechnete das World Economic Forum damit, dass es noch 95 Jahre bis zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern dauern würde. Im Kontext der Corona-Pandemie wurde dieser Wert auf 135,5 Jahre korrigiert. 135,5 Jahre! Sorry, diese Zeit habe ich nicht, und diese Zeit haben die Mädchen und Frauen in Bayern ebenfalls nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die strukturelle Diskriminierung anpacken. Wir müssen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zum Topthema machen; denn die Realität sieht wie folgt aus: In unserer Gesellschaft kümmert sich überwiegend die Frau zu Hause um die eigenen Kinder oder die pflegebedürftige Oma, im Job um die hochbetagte Bewohnerin oder das Kita-Kind. Und was ist der Dank? – Der Dank sind geringe Einkommen, geringe Aufstiegsmöglichkeiten sowie geringe Renten im Alter. Die Altersarmut lässt grüßen.

Wir brauchen deshalb endlich gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, und wir brauchen eine faire Verteilung der Sorgearbeit. Das finde ich besonders wichtig. Damit meine ich nicht nur die zwei Monate der Elternzeit. Ich meine die Sorgearbeit für das Kind oder für die betagten Eltern. Das umfasst nicht nur den kurzen Zeitraum nach der Geburt, sondern einen längeren Zeitraum. Das ist im Jahr 2022 nicht zu viel verlangt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz all dieser himmelschreienden Ungerechtigkeiten waren und sind Frauen in unserem Land immer noch nicht gleichberechtigt an den Entscheidungsprozessen beteiligt, obwohl sie von ganz vielen Entscheidungen, die getroffen werden, direkt selbst betroffen sind. Neben der mangelnden Gleichstellung gibt es also auch noch ein Repräsentationsdefizit. Deshalb sollte sich eine Familien- und Frauenministerin eigentlich dafür starkmachen, dass wir endlich Parité in den Parlamenten bekommen, was wir GRÜ-

NEN schon lange fordern. Wir brauchen endlich ein Chancengleichheitsgesetz mit verbindlichen Quoten für Frauen in allen Führungsebenen, in Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, in Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft sowie im öffentlichen Dienst. Frau Scharf, das wäre etwas, wofür Sie sich starkmachen könnten. Wir brauchen nicht nur in Ihrer Partei, sondern für alle Frauen in Bayern eine ordentliche Repräsentanz. Das geht nur über Quoten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

– Weil dort drüben gemurmelt wurde: Meine Herren, die Zeiten der Freiwilligkeit sind jetzt vorbei. 135,5 Jahre wollen Frauen und Mädchen nicht mehr warten, bis endlich eine tatsächliche Gleichberechtigung geschaffen wurde. Das muss schneller gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben der Frage der Repräsentation ist natürlich das Geld ein wichtiger Schlüssel. Wir brauchen deshalb in Bayern einen geschlechtergerechten Staatshaushalt. Das bedeutet: Bei der Verteilung öffentlicher Gelder müssen Geschlechterdimensionen stärker im Mittelpunkt stehen; denn dann wird staatliches Geld anders verteilt. Dann wird es vielleicht auch endlich mehr Geld für Frauenhäuser und Frauennotrufe geben. Im Durchschnitt bringt jeden dritten Tag in Deutschland ein Mann eine Frau um. Nein, das sind keine innerfamiliären Konflikte. Femizide finden in allen Kulturen statt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind auch Bürgerinnen und Bürger und früher oder später auf unsere sozialstaatlichen Strukturen angewiesen, sei es bei der Suche nach einem Kita-Platz, beim Jugendzentrum oder beim staatlich geförderten Wohnraum. Das Netz, das der Staat aufspannt, ist aber auch essenziell, um soziale Härten und Notlagen abzufangen und vor allem, um diesen vorzubeugen. Liebe Frau Scharf, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier gibt es in Bayern noch einiges zu tun. Meine Kolleginnen Eva Lettenbauer und Kerstin Celina werden im Laufe der Debatte auf die anderen Themen noch eingehen.



Ich möchte zusammenfassen: Ob wir in Bayern gemeinsam stark sind, hängt auch davon ab, ob die starken Schultern mehr tragen, um die schwachen Schultern zu entlasten. Dafür zu sorgen, ist die Aufgabe dieser Regierung. Daran werden wir Sie auch messen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Thomas Huber von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Huber.

**Thomas Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich muss mich jetzt zusammenreißen und erst einmal wieder herunterkommen; denn das war jetzt sehr aufregend.

Liebe Kollegin Schulze, es war ja zu erwarten, dass Sie alles, was bei uns in Bayern gut und besser als überall sonst läuft, in Bausch und Bogen schlechtreden, aber Sie haben die verfassungsmäßige Aufgabenstellung des Sozialstaats immer noch nicht verstanden,

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Haben Sie nicht zugehört?)

obwohl Sie diesem Hohen Haus schon länger angehören, liebe Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man nämlich einen Blick in die Bayerische Verfassung wirft, stellt man fest, Bayern ist gemäß Artikel 3 ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat; er dient dem Gemeinwohl und nicht Einzelinteressen, wie Sie es zum Teil am Anfang Ihrer Rede beschrieben haben. So steht es in der Verfassung, und diese Werte waren selten von größerer Bedeutung als heute, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn Demokratie und Sozialstaat sind unschätzbare Güter, die wir bewahren und schützen müssen. Es liegt an uns

allen, jeden Tag aufs Neue daran zu arbeiten, diese Werte zu schützen, sie aber auch im Alltag zu leben und vorzuleben.

Die vor uns stehenden Herausforderungen sind enorm. Die Corona-Krise ist noch nicht vorbei. Schon jetzt steigen die Zahlen wieder an; wie sich die Lage im Herbst und Winter entwickeln wird, kann heute noch niemand sagen. Zudem sind die Folgen der beiden letzten Corona-Jahre noch immer zu spüren; die Belastung war vor allem für Kinder und deren Familien in dieser Zeit enorm hoch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen genau hinschauen, wo heute schon und zukünftig möglicherweise weiterer Handlungsbedarf besteht.

Auch der Ukraine-Krieg erschüttert nach wie vor die Welt. Keiner von uns hätte jemals geglaubt, dass es so weit kommen würde. Die Folgen? – Massive Inflation und stark gestiegene Energiepreise, die dazu führen, dass viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Das trifft ganz besonders unsere Rentnerinnen und Rentner, Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, alle im Niedriglohnsektor Arbeitenden, den gesamten Mittelstand und natürlich unsere Familien und Kinder.

Umso mehr freue ich mich, dass unsere bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf heute in ihrer Regierungserklärung die Familien-, Arbeits- und Sozialpolitik in den Mittelpunkt gerückt und die aktuelle Situation mit den Erkenntnissen des Sozialberichts, aber auch die Sorgen der Menschen vollkommen richtig beschrieben hat. Ja, wir sind besser, aber auch bei uns gibt es natürlich – wie in jedem anderen Land auch – Verbesserungsbedarf und Dinge, wo wir etwas tun können. – Liebe Ulli Scharf, für die ehrliche Bilanz ein herzliches Dankeschön an dich!

(Beifall bei der CSU)

Unsere Ministerin hat gezeigt, dass in Bayern der Sozialstaat kein leeres Wort ist, sondern aktiv gestaltet und gelebt wird, dass in Bayern der Mensch im Mittelpunkt steht, dass Familien hier absolute Priorität genießen und willkommen sind, dass hier jede ihr

oder jeder sein Leben so gestalten kann, wie sie oder er es möchte, und dass alle die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein Land des Zusammenhalts und des Wir-Gefühls; das sieht man auch an dem hohen Anteil der Ehrenamtlichen. Fast jeder zweite Jugendliche oder Erwachsene ist im Ehrenamt tätig; das ist der Kitt unserer Gesellschaft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stärke unserer Gesellschaft sind unsere Familien. In Bayern leben knapp 1,3 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern. – Liebe Kollegin Schulze, es ist nicht übertrieben – jetzt ist sie nicht mehr da; das ist natürlich schön bei einer Regierungserklärung – –

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): G10-Kommission!)

– Bitte?

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sie ist bei der G10-Kommission!)

– Okay. Ich habe es akustisch nicht verstanden.

(Tobias Reiß (CSU): Dafür gibt es Vertreter!)

Es ist nicht übertrieben zu sagen, kein anderes Bundesland unterstützt Familien so sehr wie Bayern. Die Ministerin hat die Zahlen dargelegt. Wir bieten Familien Raum für unterschiedliche Lebensentwürfe und ermöglichen Wahlfreiheit. Zudem helfen wir Familien – wie gesagt – auch finanziell mit dem Bayerischen Familiengeld und dem Krippengeld, das übrigens einkommensabhängig ist. Bei dem Familiengeld kann jede Familie selbst entscheiden, wie sie das Geld im Kita-Bereich für die Kinder einsetzt; wir trauen den Familien im Gegensatz zu den GRÜNEN zu, dass sie selbst entscheiden können, was das Beste für ihr Kind ist. Und es gibt natürlich den Beitragszuschuss für die gesamte Kindergartenzeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Allein 2022 investiert der Freistaat mehr als 3 Milliarden Euro für eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist so viel wie in keinem anderen Land. Für 2022 sind wieder mehr als 4,1 Milliarden Euro für familienpolitische Leistungen eingeplant. Das muss uns erst einmal jemand nachmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir setzen gezielt auf die Stärkung der Familien; denn Familien sind der wichtigste Lern- und Bildungsort für unsere Kinder. Das ist der Ort, an dem Herzensbildung passiert. In Bayern haben Kinder die besten Ausgangsbedingungen; nirgendwo sonst in Deutschland haben die Menschen so viele Chancen. Ich sehe das auch an meiner eigenen Vita; egal ob bei der Ausbildung, im Beruf, in der Schule oder beim Studium – es gibt keinen Abschluss ohne Anschluss. Jedes Kind und jeder Jugendliche hat alle Möglichkeiten, die dieses Land bietet. Man hat auch die Möglichkeit, einen Betrieb aufzubauen oder sich auch im Erwachsenenleben weiter zu qualifizieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gleichzeitig ist aber auch klar: Natürlich darf kein Kind auf der Strecke bleiben; denn eine gute Bildung, eine gute Ausbildung und stabile soziale Verhältnisse sind zugleich auch die beste Prävention gegen Armut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern steht zwar im bundesweiten Vergleich am besten da, dennoch gibt es natürlich auch in Bayern Armut; die Sozialministerin hat es angesprochen. Ich sage es auch deutlich: Jeder von Armut betroffene Mensch – egal ob in Bayern oder außerhalb – ist einer zu viel. Deswegen haben wir in Bayern auch unzählige Maßnahmen ergriffen, um unser starkes soziales Netz zu erhalten, es aber auch stetig auszubauen.

Da gibt es zum einen natürlich die gerade genannten familienpolitischen Leistungen für einen guten Start ins Leben, zum anderen natürlich umfangreiche Fort- und Weiter-

bildungsmaßnahmen, wie beispielsweise den Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 oder das Programm "Fit for Work"; damit fördern wir berufliche Perspektiven. Als wir noch in der Bundesregierung waren, haben wir uns mit der Mütterrente I und II auf Bundesebene erfolgreich für eine Verbesserung eingesetzt, eine Gerechtigkeitslücke geschlossen, Erziehungszeiten anerkannt und natürlich eine Wertschätzung gegenüber der älteren Generation erbracht, die gerade vielen armutsbetroffenen Frauen im Alter zugutekommt. Mit der Mütterrente III hätten wir gerne noch den nächsten Rentenpunkt und viele weitere gute Ideen umgesetzt; hier sperrt sich allerdings leider die zuständige Bundesebene.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinder sind unser größter Schatz, und jeder Fall von Kindesmissbrauch ist einer zu viel. Mit unserem bayerischen Gesamtkonzept zum Kinderschutz sind wir im Freistaat gut aufgestellt. Gleichzeitig dürfen wir in unseren Bemühungen aber nicht nachlassen; denn Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Erst kürzlich haben wir hier in Bayern gemeinsam mit dem Koalitionspartner einen Antrag zur Verkehrsdatenspeicherung eingereicht; denn wir sind der Überzeugung, dass wir Kinderpornografie und Kindesmissbrauch gnadenlos verfolgen und effektiv verhindern müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Dafür brauchen wir aber unsere Strafverfolgungsbehörden, Herr Kollege Fischbach, denen der Zugriff auf die IP-Adressen erlaubt ist, aber Sie sind auf Bundesebene dagegen.

(Unruhe bei der CSU und der FDP)

Letzte Woche hat die Unionsfraktion einen gleichlautenden Antrag eingereicht. Wer hat ihn abgelehnt? – Die Ampel. Mit Verlaub, liebe GRÜNE, liebe SPD und liebe FDP, es ist ungeheuerlich, wie man einen solchen Antrag ablehnen kann!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Benjamin Adjei (GRÜNE): Weil er verfassungswidrig ist!)

– Die Verfassung ist doch keine Ausrede! Es gibt doch ganz klare Vorgaben vom EuGH.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Genau!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist vielfältig und lebt ein gutes Miteinander. Dazu gehört auch die Unterstützung für LGBTIQ-Personen, wie die Ministerin gesagt hat. Es gibt bayernweit und vor allem in den Ballungsräumen Beratungsangebote, durch die eine bunte Trägerlandschaft sichergestellt wird. Allerdings besteht auch im ländlichen Raum verstärkt Bedarf an vor Ort erreichbaren Anlaufstellen.

Deswegen ist 2021 die bedarfsgerechte Stärkung von Regelstrukturen und die modellhafte Schaffung von projektbezogenen, überregionalen und auch online verfügbaren Angeboten gestartet. Auf Initiative der CSU-Fraktion erfolgt nun auch eine bayernweite Vernetzung durch die Einrichtung einer entsprechenden Plattform. Der Bedarf an Beratungsstellen kann langfristig aber nur durch eine Aufstockung der Mittel gedeckt werden. Vor allem der nachhaltige Aufbau von Beratungsstellen im ländlichen Raum macht natürlich eine höhere finanzielle Ausstattung erforderlich. Der CSU-Fraktion war es wichtig, dass den bereits geförderten Beratungsstellen eine Anschlussförderung bewilligt wird, aber auch weitere Projekte gefördert werden können. Auch deshalb haben wir die Beratungsstrukturen im Haushalt 2022 mit zusätzlichen 200.000 Euro unterstützt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist mir und meinen Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN ein Anliegen, dass alle Menschen in Bayern so leben können, wie sie es möchten. Der Staat darf kein Lebensmodell vorschreiben, er muss aber die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Ich glaube, das tun wir.

Liebe Kollegen, auch in der Seniorenpolitik ist Bayern einen deutlichen Schritt voraus. Das heute im Kabinett behandelte und beschlossene Seniorenmitwirkungsgesetz, das wir nun in Umsetzung des Koalitionsvertrags auf den Weg gebracht haben, ist ein wichtiger Schritt unserer bayerischen Seniorenpolitik. Die Entlastungsmaßnahmen der Ampelkoalition auf Bundesebene lassen aber vielfach die ältere Generation außen vor. Die Ministerin hat vorhin das Beispiel genannt, dass die Bundesregierung sogar die Seniorinnen und Senioren beim Energieentlastungspaket schlichtweg vergessen hat,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

obwohl doch gerade sie oftmals mit ihren geringen Renten ganz besonders unsere Hilfe und Unterstützung bräuchten, lieber Herr Kollege. Unser Ziel ist es, dass ältere Menschen möglichst lange und selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Deshalb fördern wir die Teilhabe älterer Menschen, neue Wohn- und Unterstützungsformen und helfen den Kommunen bei der Sicherstellung der Daseinsvorsorge vor Ort. Eine wichtige Maßnahme dabei ist die Stärkung ambulanter Strukturen, wie zum Beispiel Nachbarschaftshilfen, Seniorengenossenschaften oder Quartierskonzepte.

Mit dem Programm "Bayern barrierefrei" – es wurde angesprochen – setzt die Bayerische Staatsregierung das erklärte Ziel um, Bayern im gesamten staatlichen öffentlichen Raum und im ÖPNV barrierefrei zu machen. Dabei ist aber auch klar: Barrierefreiheit ist eine zukunftsweisende Querschnittsaufgabe aller politischen Ebenen. Wir als Staat dienen hier als Vorbild. Andere müssen aber mitziehen, wie zum Beispiel auch die Deutsche Bahn. Von Barrierefreiheit profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern vor allem auch ältere Menschen.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Die Kommunen! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Richtig, auch die Kommunen. – Auch die Familien profitieren. Barrierefreiheit nutzt uns allen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Darauf beharrlich – –

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

– Nicht dazwischenreden! Darauf beharrlich miteinander hinzuwirken, ist eine gesamtpolitische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der alle Gruppen ihren Beitrag leisten müssen. Der Staat geht in seinem Aufgabenbereich als Vorbild voran und hat seit 2015 – das ist keine Pflichtaufgabe des Staates – 790 Millionen Euro, jetzt erneut in diesem Haushaltsjahr 146 Millionen Euro für das Programm "Bayern barrierefrei" bereitgestellt. Wir halten das für gut investiertes Geld; denn Barrierefreiheit ist auch ein wesentlicher Baustein gelingender Inklusion.

Die zentrale Idee der Inklusion ist, dass Menschen mit und ohne Behinderung von Anfang an gemeinsam in allen Lebensbereichen selbstbestimmt leben und vor allen Dingen auch zusammenleben können. Ich möchte mich ganz herzlich bei unserer Ministerin bedanken, heute auch für das klare Signal, dass wir weiterhin an einem Nachteilsausgleich für hörbehinderte Menschen arbeiten und dieses Ziel auch erreichen.

Die Politik für Menschen mit Behinderung ist seit Langem ein Schwerpunkt bayerischer Sozialpolitik. Ich möchte an dieser Stelle auch unserem Behindertenbeauftragten der Staatsregierung, Holger Kiesel, für seine engagierte Arbeit ganz herzlich danken. Ich freue mich, dass sich die gute Arbeitsmarktlage in Bayern trotz Corona, trotz des Ukraine-Kriegs auch positiv auf die Erwerbsbeteiligung der Menschen mit Behinderungen auswirkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung darf die positive Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte jetzt nicht aufs Spiel setzen. Doch das tut sie gerade. Frau Schulze, Sie wollen einen aktivierenden Sozialstaat. Ich glaube, wir haben einen aktiven und aktivierenden Sozialstaat. Aber gerade das Aussetzen der Sanktionen bei Hartz IV halte ich für unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)



Die Bundesregierung hat damit die bislang immer geltende goldene Regel des Sozialstaatsprinzips, nämlich des Förderns und Forderns, außer Kraft gesetzt. Statt einer Aussetzung der Sanktionen brauchen wir umfassende Anpassungen bei Hartz IV, und zwar eine Erhöhung der Einkommensfreibeträge für Erwerbsaufstocker, denn Arbeit muss sich lohnen, eine Erhöhung der Vermögensfreibeträge für Leistungsberechtigte, denn Vorsorge und Sparen müssen sich lohnen, eine Erhöhung des Freibetrags für Wohneigentum im SGB II und natürlich eine gesetzliche Neuregelung nach der Aussetzung der Sanktionen, denn Sanktionen sind meines Erachtens unerlässlich, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Außerdem müssen Hilfen ganzheitlich ansetzen, denn Langzeitarbeitslosigkeit ist in der Regel sehr vielschichtig und betrifft meist die ganze Familie. Darum muss man auch in solchen Situationen immer die Familie als Ganzes im Blick haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sozialstaat ist so gefordert wie schon lange nicht mehr. Für viele Menschen ist die aktuelle Lage existenziell. Wir müssen deshalb den Sozialstaat stärken und dürfen ihn nicht schwächen. Wir müssen auch auf die schauen, die den Sozialstaat stützen. Das sind neben der gesamten Sozialwirtschaft der Mittelstand, das Handwerk und die Industrie, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Der Freistaat tut bereits, was in seiner Macht steht und in seiner Zuständigkeit möglich ist. Wir können aber nicht die Defizite der Bundesregierung ausgleichen. Heute hat das Kabinett sozusagen dankenswerterweise beschlossen, dass eine Vorfinanzierung der Kinderwunschbehandlung durch den Freistaat Bayern wieder möglich ist. Eigentlich wäre der Bund dafür zuständig. Er ist aber nicht bereit, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Jetzt springen wir ein und schließen vorübergehend diese Finanzierungslücke. Das können wir aber nicht dauerhaft machen. Wir können nicht immer Ersatz für den zu spät oder nicht handelnden Bund leisten und schon gleich gar nicht die Fehler der Ampel bereinigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einer der größten Krisen seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Inflation erreicht Rekordhöhen, die Energiekosten steigen vermutlich ins Unermessliche, eine Rezession droht, und der Ampel fehlt jeglicher Ansatz, wie sich der soziale Frieden sichern lässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Ampel, Kaffeekränzchen wie gestern ohne Ergebnisse helfen uns nicht weiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lösungsorientierte Ansätze sehe ich bis heute nicht; denn das, was der Kanzler dann gestern verkündet hat, war außer Blabla gar nichts. Da hocke ich mich nicht stundenlang mit so vielen Leuten zusammen,

(Arif Taşdelen (SPD): Ein bisschen mehr Respekt!)

da versuche ich einfach – –

(Arif Taşdelen (SPD): Ein bisschen Respekt!)

– Ich habe Respekt vor dem Kanzler, aber man darf ruhig auch auf die Fehler und Defizite hinweisen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was da momentan passiert, macht uns große Sorgen. Ich glaube, wir in Bayern müssen weiterhin zusammenhalten. Wir tun in unserem Bereich – gerade im Bereich Soziales, Arbeit, Familie –, was wir können. Den Menschen in Bayern geht es besser als den Menschen im restlichen Deutschland. Ich hoffe, dass wir da auch weiterhin zusammenstehen. Aber erlauben Sie mir den Hinweis, liebe Ampelkoalitionäre: Das, was in Berlin läuft, macht uns große Sorgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich beim Kollegen Thomas Huber für seine Worte und darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Ulrich Singer von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Singer.

(Beifall bei der AfD)

**Ulrich Singer (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Bürgerinnen und Bürger! Beim Thema der Regierungserklärung "Bayern. Gemeinsam. Stark." kann man wirklich glauben, dass die Regierungskoalition unter Realitätsverlust leidet; denn es war doch gerade die Staatsregierung, die in den letzten Jahren eine Spaltung in Bayern betrieben hat wie keine zuvor. Außerdem sind wir geschwächt durch die Corona-Maßnahmen aus den letzten Jahren herausgegangen.

Frau Staatsministerin Scharf, Sie malen sich diesen Sozialbericht schön. Sicherlich – ich stimme Ihnen zu –: In Bayern ging es in vielen Bereichen immer noch besser als in anderen Bundesländern und vor allem auch als im Bundesdurchschnitt. Im gleichen Zuge und im gleichen Zeitraum in den letzten Jahren stieg aber auch die Quote der Armutsgefährdung in Bayern deutlich an, seit 2015 um knapp 10 %. Das ist ein ganz klares Warnsignal, Frau Ministerin. Darauf sollten wir achten.

Bei all den Maßnahmen, die wir hier beschließen, müssen wir in die Zukunft schauen. Ich sage Ihnen ganz klar: Hier rast das Narrenschiff Utopia mit den schwarzen, grünen und roten Kapitänen auf einen riesigen Eisberg zu. Mit einem 15-Punkte-Plan wollen Sie uns sicher, sozial und stark durch die Krise führen, die Sie aber selbst durch eine nicht mehr konservative Politik in diesem Land verursacht haben. Im Einleitungstext dazu steht zwar, dass sich die CSU als Stimme der Normalverdiener verstehen würde, doch in Wahrheit fordern Sie, dass die Globalisierung verstärkt werden soll, Sie plädieren dafür, CETA und Mercosur umzusetzen. Sie wollen weitere Handelsabkommen mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Australien und Neuseeland abschließen.

Geschätzte Kollegen, erst diese Globalisierung hat uns in eine Abhängigkeit gebracht, die uns jetzt in verschiedenen Bereichen Schwierigkeiten macht und um die Ohren

fliegt. Wir haben Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Chips, wir haben Schwierigkeiten bei der Energieversorgung. Auch da sind wir jetzt auf das Ausland angewiesen. Sie wollen das alles noch weiter intensivieren. Ich richte mich nun an die geschätzten Kollegen der FREIEN WÄHLER: Als die CSU 2016 für CETA war, hat Ihr damaliger rechtspolitischer Sprecher Florian Streibl noch getönt, die CSU wäre gut beraten, zuvorderst die Interessen Bayerns und nicht die der internationalen Konzerne zu vertreten. Ich hoffe, geschätzte Kollegen, Sie haben das nicht vergessen, nur um gemeinsam mit der CSU am politischen Futtertrog sitzen zu dürfen.

Geschätzte Kollegen, in diesem Jahr gilt: Sozial ist, was im Winter warm macht.

(Beifall bei der AfD)

Ich glaube, das kann man so sehr gut und zutreffend zusammenfassen. Inzwischen hat die Staatsregierung das auch erkannt. Auch Sie, Herr Kollege Huber, haben die explodierenden Energiekosten angesprochen, bei denen viele Bürger nicht mehr wissen, wie sie sie stemmen sollen. Plötzlich übernimmt die CSU die klassischen AfD-Positionen und fordert eine Reduzierung der Abhängigkeit von Energieimporten sowie die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken. Hut ab, liebe Staatsregierung, das ist sehr gut von der AfD abgeschrieben. Das macht uns nichts aus, das können Sie gerne machen. Eines muss man aber doch erwähnen: Sie haben uns erst in diese Abhängigkeit getrieben und jahrelang selbst den Atomausstieg gefordert. Die Staatsregierung, aber auch die SPD und insbesondere eine 16-jährige Merkel-Regierung, haben uns durch ihre einseitige Politik in eine Abhängigkeit von russischem Gas hineingetrieben. Klar ist aber eines: Sowohl Öl als auch Gas werden irgendwie ihren Weg nach Deutschland und Bayern finden. Wenn wir es nicht direkt von Russland abnehmen, dann wird es eben über deutlich höhere Preise über Indien oder andere Staaten zu uns kommen. Damit vernichten Sie aber den Wohlstand ganzer Generationen, denn dadurch wird es nicht billiger werden. Nein, wir stehen vielmehr vor extrem explodierenden Energiepreisen, obwohl wir diese Energie eigentlich billig beziehen könnten. Im Winter können wir uns nicht an Ihrer Moralhysterie wärmen – Moralhyste-

rie, ein Begriff, den der ungarische Außenminister verwendet hat. Erzählen Sie mir bitte nichts von Moral, wenn Sie russisches Gas und russische Energie ablehnen wollen, solange problematische Staaten wie Saudi-Arabien und China ganz oben auf der bundesdeutschen Freundschaftsliste stehen.

(Beifall bei der AfD)

Sie übernehmen jetzt auch weitere Forderungen der AfD, die beispielsweise die längst überfälligen Steuersenkungen auf Energieprodukte betreffen. Hätten Sie und die damalige Unionskanzlerin Merkel uns durch Ihre verantwortungslose Politik nicht in die jetzige Bredouille gebracht und diese ganzen unnötigen Steuern eingeführt, dann bräuchte es diese Korrektur jetzt nicht. Außerdem fordern Sie eine Ausweitung der einmaligen Energiepauschale für alle Betroffenen. Franz Josef Strauß, geschätzte Kollegen, würde sich bei einer solchen staatlichen Umverteilungspolitik im Grabe umdrehen.

(Beifall bei der AfD)

Liebe CSU, konservative Sozialpolitik heißt im Ergebnis doch weniger Staat, und es heißt, dass man von seiner eigenen Arbeit und von seiner Lebensarbeitsleistung, die sich in unseren Renten niederschlägt, gut und gerne in diesem Lande leben kann. Deutschland ist jedoch schon jetzt Weltmeister bei der Steuer- und Abgabenlast. Vielen bleibt nicht einmal mehr die Hälfte vom Brutto übrig. Früher war es noch so, man hat gesagt: Am Ende vom Monat ist kein Geld mehr da. Heute sagen aber immer mehr Familien in Bayern: Am Ende vom Geld ist noch viel Monat übrig. – Also, warum krepeln Sie nicht die Ärmel hoch und packen es an? Warum unterstützen Sie als Bayerische Staatsregierung nicht direkt und unmittelbar unsere bayerischen Familien? Unzählige Millionen Euro aus bayerischen Steuergeldern wurden in den letzten Jahren beispielsweise für Schrottmasken verschwendet. Die Amigo-Maskendeals waren natürlich auch ein gewisser Kostenfaktor, ebenso wie die teuren Impfkampagnen.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Für die in Not geratenen Bürger in Bayern ist aber nicht mehr genug Geld da. Geschätzte Kollegen, eine Inflation von bald 10 % ist nicht mehr sozial. Sie gefährdet den sozialen Frieden in Bayern wie kaum eine andere Maßnahme in den letzten Jahren. Dieser Inflationshammer wirkt sich doch wie ein Wirtschaftskrieg gegen die eigene hart arbeitende Bevölkerung aus, vor allem aber gegen unsere Rentner, gegen unsere Menschen mit Behinderung und all jene, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, weil sie von staatlichen Leistungen abhängig sind. Sie glauben doch nicht, dass die staatlichen Leistungen sofort und um genau diese 10 %, die erforderlich sind, erhöht werden. Gerade im Energiebereich, wo die Kosten deutlich stärker gestiegen sind, wissen die Menschen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen.

Frau Kollegin Scharf, Sie haben auch angesprochen, uns fehlen die Fachkräfte. Haben Sie sich aber auch schon gefragt, warum uns die Fachkräfte in Bayern regelrecht davonlaufen und ins Ausland abwandern, warum zum Beispiel viele Pflegekräfte lieber in der Schweiz arbeiten als in unseren Heimen? Haben Sie sich überlegt und Gedanken darüber gemacht, warum gleichzeitig immer mehr Sozialhilfebezieher und eben nicht Fachkräfte nach Deutschland kommen?

Am Montag stellte Herr Söder vor den Kameras fest: Die bisherige Strategie gegenüber Russland war falsch. Diese Auffassung teile ich. Nun fordert er die Opposition zur Mithilfe auf, wenn es darum geht, den Gasspeicher in Haidach zu füllen. Hier dürften kleinteilige Parteiinteressen keine Rolle mehr spielen. – Ja, Herr Söder, natürlich, da ist Ihnen unsere Hilfe gewiss. Wenn es um den sozialen Frieden und um die Energieversorgung in Bayern geht, stehen wir an Ihrer Seite. Hier wird aber immer noch mit ideologisch geprägten Sanktionen ein Wirtschaftskrieg geführt, der doch nicht Russland, sondern vor allem uns selbst und unserer Bevölkerung schadet. Lassen Sie also Vernunft in die Politik einkehren. Hier sind Diplomatie und Weitsicht gefragt, zum Wohle der kommenden Generationen und um unsere Sozialsysteme nicht noch mehr zu gefährden, um sie nicht austrocknen zu lassen.

Frau Kollegin Scharf, Sie haben heute auch etwas Schönes gesagt, nämlich: Familie macht glücklich. – Da stimme ich Ihnen auch zu. Man muss sich Familie aber auch leisten können, und zwar ganz ohne staatliche Hilfe. Es gibt noch immer sehr, sehr, sehr viele Menschen in Bayern, die sich mehr Familie wünschen, die mehr Familie haben wollen, die mehr eigene Kinder haben wollen. Es fehlt aber an bezahlbarem Wohnraum, vor allem aber fehlt es an einer sicheren Zukunftsperspektive in Bayern. Die Menschen sind verunsichert und schauen mit Sorge auf den kommenden Winter. Früher hatten wir eine Politik für die nächsten Jahrzehnte, momentan wissen wir nicht, wie wir im Winter heizen sollen.

Arbeit muss sich wieder lohnen. Dafür müssen wir die Schrauben richtig einstellen und an den richtigen Schrauben drehen. – Lassen Sie mich noch ein Wort zu Menschen mit Behinderung sagen. Mit dem Bundesteilhabegesetz und mit dem Bayerischen Teilhabegesetz – ich habe es wiederholt erwähnt – haben Sie ein Bürokratiemonster geschaffen, das Sie nicht mehr im Griff haben. Das äußert sich zum Beispiel durch teilweise unerträglich lange Bearbeitungszeiten und chaotische Zustände in unseren Bezirken, wo die eine Hand nicht mehr weiß, was die andere Hand macht, wo Unterlagen bei der einen Abteilung verschwinden und bei der anderen nicht mehr auftauchen. Das ist keine Teilhabe für Menschen mit Behinderung. Das erschwert die Teilhabe. Kümmern Sie sich um eine wirklich echte Teilhabe für unsere Menschen mit Behinderung, und zwar in Form einer digitalen, aber auch einer real physischen Barrierefreiheit. Das ist eine wesentliche Grundlage und eine wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und ein gemeinsames Leben mit unseren Menschen mit Behinderung.

Herr Kollege Huber, führen Sie endlich ein Gehörlosengeld ein. Es ist an der Zeit. Setzen Sie es bitte um.

Mein Kollege Jan Schiffers wird in der Folge noch viele wichtige Themen ansprechen, insbesondere den Bereich Familie und den für uns sehr wichtigen Lebensschutz. Zu den GRÜNEN: Ihre Behauptung, dass Abtreibung nur den eigenen Körper betrifft,

halte ich für einen Verstoß gegen die Menschenwürde. Das ist unerträglich! Abtreibung betrifft immer noch jemand anderen, nämlich ein ungeborenes Leben, das im Körper der Mutter wohnt. Für diese Menschen werden wir immer unsere Stimme erheben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Singer. – Ich darf jetzt den Abgeordneten Robert Riedl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER aufrufen. Herr Kollege Riedl, bitte schön, Sie haben das Wort.

**Robert Riedl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Staatsministerin, jawohl, Sie haben recht: Familie macht glücklich. Das sehen Sie an mir: Vier Kinder und neun Enkelkinder verschönern mein tägliches Leben und machen mich zu einem positiven Menschen. Bei mir ist das Glas immer halb voll!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Diese positive Lebenseinstellung würde Ihnen, Herr Singer, sicher auch gut stehen. Natürlich hätten Sie die Corona-Hilfen lieber für Grenzzäune und Selbstschussanlagen verwendet. Deswegen werden wir alles tun,

(Widerspruch bei der AfD – Zurufe von der AfD – Andreas Winhart (AfD): Unverschämtheit!)

damit Sie niemals in Regierungsverantwortung kommen.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte Zwischenrufe zurückhalten!

(Andreas Winhart (AfD): Es reicht jetzt! – Weitere Zurufe)

**Robert Riedl (FREIE WÄHLER):** Frau Staatsministerin, Sie haben uns heute ein dickes Brett zu bohren bzw. einen umfänglichen Sozialbericht zu lesen gegeben:



707 Seiten, in der Kurzfassung immerhin 101 Seiten zu unzähligen Themenbereichen. Dies erfordert von mir eine Auswahl der wichtigsten Ist-Stände, der geschehenen Maßnahmen und der abzuarbeitenden Probleme. Wie wir alle dem Bericht entnehmen können, stehen wir in Bayern im Vergleich zu allen anderen Bundesländern hervorragend da. Auch wir von den FREIEN WÄHLERN haben mit unseren Anträgen und Unterstützungsmaßnahmen einen wesentlichen Anteil an dieser positiven Feststellung. 73.500 neue Kita-Plätze in den letzten Jahren oder das auf den Weg gebrachte Seniorenmitwirkungsgesetz sind nur zwei Beispiele. Der Sozialbericht soll die soziale Lage benachteiligter und von Armut betroffener Personengruppen beschreiben sowie Vorschläge und Lösungen aufzeigen, um die Probleme und Defizite zu beseitigen.

Zusätzlich belastet werden diese Menschen nun durch die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des unsäglichen Angriffskriegs Putins. Wer sind nun die schwächsten Personengruppen in unserer Gesellschaft, die wir besonders beachten, schützen und unterstützen müssen? – Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Liste ist lang und sicher nicht vollständig: Familien, alleinerziehende Mütter und Väter, Kinder, Studierende, Behinderte aller Bereiche, Wohnungssuchende, Obdachlose, Asylsuchende, Kriegsflüchtlinge, ältere Menschen, Kranke und Pflegebedürftige. Nicht alle kann ich heute in meinen Redebeitrag einbeziehen, aber Sie können sicher sein: Die FREIEN WÄHLER vergessen niemanden.

(Lachen bei der AfD – Zuruf: Ah! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit über 25 Milliarden Euro von 2018 bis 2021 und einer Rekordsumme von über 7 Milliarden Euro – also über 700 Millionen Euro –, davon allein 4,2 Milliarden für Familien, versucht der Freistaat, allen sozial Benachteiligten gerecht zu werden. Hier alle einzelnen Fördermaßnahmen aufzulisten, würde den zeitlichen Rahmen sprengen.

Um ein sozial stabiler Staat zu sein, ist natürlich wirtschaftliche Stärke erforderlich. Bayern ist eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas. Die Attraktivität Bayerns lässt sich auch an der größten Bevölkerungszunahme in Höhe von 7,4 % seit dem

Jahr 2000 und dem hohen Zuzug ablesen. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote mit einem Rückgang von 12 % auf 3,5 % seit 2005 zeigt ebenfalls die Stärke Bayerns und seiner Politik. Wie die Sozialministerin heute schon festgestellt hat, ist die Oberpfalz Aushängeschild, und das größte Aushängeschild ist mein Landkreis Cham, der vor vierzig Jahren noch eine Arbeitslosenquote von 40 % im Winter hatte. Jetzt sind es 2,5 %.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Eine letzte Zahl zu den bezogenen Leistungen der sozialen Mindestsicherung lässt mich positiv in die Zukunft blicken: Mit 4,5 % lag der Anteil im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 8,3 % nur halb so hoch.

Bayern bekennt sich zu einer aktiven Wohnungspolitik und engagiert sich für ein finanzierbares und lebenswertes Wohnen. Die Bayerische Staatsregierung unterstützt die Bürgerinnen und Bürger mit verschiedenen finanziellen und strukturellen Maßnahmen dabei, das Wohnen auch weiterhin finanzierbar und lebenswert zu machen. Dies umfasst zum Beispiel das Wohngeld, den Zuschuss zu Mietkosten oder zu Belastungen durch das Eigenheim für bestimmte Bevölkerungsgruppen, aber auch die bayerische Wohnungsbauoffensive und die Bayerische Eigenheimzulage bis 2020 oder die Realisierung bezahlbaren Wohnraums durch die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften. Zudem unterstützen die Maßnahmen der Städtebauförderung, der Dorferneuerung oder des Corona-Sonderfonds "Innenstädte beleben" dabei, das Wohnumfeld lebenswerter zu gestalten. Insgesamt stieg die Zahl der Wohnungen zwischen 1998 und 2019 um circa eine Million. Dies sind rund 20 % mehr.

Bayern ist auch gegen Gewalt. Mit dem Gesamtkonzept "Bayern gegen Gewalt" tritt die Bayerische Staatsregierung insbesondere der häuslichen und sexualisierten Gewalt wirkungsvoll entgegen. Das Konzept "Bayern gegen Gewalt" definiert Ziele und Maßnahmen zum Gewaltschutz und zur umfassenden Gewaltprävention – von der

Aufklärung und Sensibilisierung über zielgruppenspezifische Beratungs- und Hilfsangebote bis zur Hilfe für Betroffene und zur Arbeit mit Täterinnen und Tätern, um weitere Gewalttaten zu verhindern. Im Zuge dessen werden die bestehenden Hilfs- und Beratungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder mit langfristigen und breit angelegten Maßnahmen für weitere Personengruppen und Gewaltformen kontinuierlich ausgebaut und bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Bayern gehört zu den Bundesländern, in denen Menschen vergleichsweise sicher leben können. Trotzdem begegnet uns Gewalt im alltäglichen Leben immer wieder. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER müssen wir gerade dorthin blicken, wo verschiedene Gewaltphänomene weniger sichtbar sind. Daher ist es wichtig, das bestehende Dunkelfeld bei häuslicher und sexualisierter Gewalt, wovon größtenteils Frauen, aber auch Männer betroffen sind, bestmöglich aufzudecken und Phasen der Viktimisierung frühzeitig zu durchbrechen. Ein weiterer nennenswerter Schritt ist beispielsweise die Verlängerung der Second-Stage-Modellprojekte; denn nach der Stabilisierung der Frauen im Frauenhaus zielen diese Projekte auf die Verselbstständigung der Frauen und ihrer Kinder in einem gewaltfreien Leben ab. Im Vordergrund steht dabei ein wohnraumbezogenes Übergangsmanagement, in dem die Wohnraumakquise und -vermittlung neben der weiterführenden psychologischen Beratung einen wesentlichen Aspekt darstellt.

Grundsätzlich hervorzuheben ist vor allem die täglich geleistete wertvolle Arbeit in allen bayerischen Frauenhäusern, Fachberatungs- und Interventionsstellen oder auch in der Notfallambulanz für Opfer häuslicher Gewalt am Institut für Rechtsmedizin der LMU München. Ziel muss es sein, das Thema häusliche und sexualisierte Gewalt weiterhin innerhalb der Gesellschaft zu enttabuisieren. Die kontinuierliche und bedarfsgerechte Weiterentwicklung des umfangreichen bayerischen Hilfe- und Beratungsangebots leistet durch vielfältige gewaltpräventive Projekte in dieser Hinsicht einen unverzichtbaren und wertvollen Beitrag.

Trotz all des Geldes und aller Bemühungen konnten nicht alle Probleme gelöst und nicht alle Betroffenen erreicht und unterstützt werden. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, einige Bereiche ansprechen, die wir in den nächsten Jahren noch gemeinsam beackern und verbessern müssen. Beginnen möchte ich mit dem längst überfälligen Gehörlosengeld. 1,3 Millionen Euro wurden im Jahr 2020 aus unserer Fraktionsreserve zusätzlich zur Verfügung gestellt, sodass eine Einmalzahlung von 145 Euro an die Betroffenen erfolgen konnte. Dies ist zwar besser als nichts, aber keine Lösung. Eine kontinuierliche Unterstützung ist notwendig, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für gehörlose Menschen zu gewährleisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dies, meine Damen und Herren, kann nur mit einem monatlichen Gehörlosengeld erreicht werden, das so schnell wie möglich umgesetzt werden sollte.

Die Tafeln, verehrte Kolleginnen und Kollegen, – dazu habe ich heute noch gar nichts gehört – sind in den letzten Monaten, ja sogar Jahren an ihre Grenzen und darüber hinaus gegangen. Ich möchte an dieser Stelle allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Tafeln, aber auch allen anderen Ehrenamtlichen, die sich in Vereinen, Verbänden, Institutionen oder auch Parteien mit aller Kraft engagieren, recht herzlich danken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zur Verbesserung der Arbeit im Ehrenamt ist Gott sei Dank oder Dank sei Gottstein, ja, Eva Gottstein, unserer Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt, sehr viel Positives passiert. Dank ihres Einsatzes wurde der Übungsleiter-Freibetrag um 600 Euro auf 3.000 Euro angehoben, die Ehrenamtspauschale um 120 Euro auf 840 Euro erhöht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Danke, Herr Füracker!)

Durch die Errichtung der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern im Jahr 2018 wurden und werden unzählige Projekte im Sinne des Ehrenamtes gefördert. Frau Gottstein hat auch hier im Jahre 2020 für eine Zustiftung von 200.000 Euro gesorgt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme noch einmal zurück zu den Tafeln. Fehlendes Personal und nicht genügend Lebensmittel erschweren die Arbeit und fordern von der Politik sofortiges Handeln und Unterstützung. Bei einem Gespräch mit Vertretern des Sozialministeriums in der letzten Woche haben wir festgestellt, dass Hauptamtliche angestellt werden müssen. Es soll angeregt werden, Lebensmittel auch kaufen zu dürfen.

Die Zeit drängt. Ich darf mich recht herzlich bedanken. Lassen Sie es uns angehen. Dann wird Bayern gemeinsam noch stärker.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege Riedl. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, begrüße ich auf der Ehrentribüne zwei königliche Hoheiten, unsere aktuelle Bayerische Milchkönigin, Veronika Gschoßmann, und unsere aktuelle Bayerische Milchprinzessin, Philomena Mögele. Herzlich willkommen im Bayerischen Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt hat Frau Doris Rauscher das Wort. Bitte schön.

**Doris Rauscher (SPD):** Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, in Bayern geht es vielen Menschen gut. Zur Wahrheit der sozialen Lage in Bayern gehört aber auch die Feststellung, dass Bayern nicht für alle Menschen ein Chancenland ist. Es gibt viele Menschen, die sich nicht jeden Tag unter der blau-weißen Wolkenglocke der Glückseligkeit bewegen. Über diese Men-

schen habe ich seitens der Ministerin und von einigen meiner Vorredner\*innen kein einziges oder kaum ein Wort gehört, Lösungsansätze schon gleich gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Verdrängung und fehlende Empathie sind kein Aushängeschild. Nehmen Sie doch einfach die rosa gefärbte Sonnenbrille ab und das Vergrößerungsglas in die Hand. Schauen Sie dorthin, wo es brennt. Würden Sie genau hinschauen und die Probleme ehrlich betrachten, würden Sie nicht nur Worte der Superlative finden, sondern ein paar Dinge anders machen; denn dafür wäre es eigentlich allerhöchste Zeit.

Was bräuchte es also, um ein soziales Bayern für alle zu schaffen? – Chancengerechtigkeit beginnt bei den Kleinsten mit ausreichend Kita-Plätzen, guten Rahmenbedingungen in der Frühpädagogik und einem Plan für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung und -bildung ab dem Jahr 2026.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, Bildungserfolg hängt nämlich in unserem Bundesland immer noch vom Geldbeutel der Eltern ab. Das ist fatal und vernichtet Chancen.

(Beifall bei der SPD)

In allen Winkeln Bayerns fehlt es an Kita-Plätzen, weil Bayern keine zusätzlichen Gelder mehr für den Ausbau in die Hand nimmt. Allorts fehlt es massiv an Fachkräften. An dieser Stelle möchte ich den Bereich der stationären Jugendhilfe explizit erwähnen. Diese Fachkräfte fehlen nicht erst seit heute oder gestern. Die Kitas steuern mit ihrer aktuellen Situation auf einen Kollaps zu. Das ist keine Schwarzmalerei und keine geringe Wertschätzung der Arbeit, die in den Häusern geleistet wird. Das ist tatsächlich bittere Realität. Das ist auch bittere Realität für die Familien.

(Beifall bei der SPD)

Eine Kollegin hat letztens gesagt, dass wir eigentlich schon seit zwanzig Jahren vom Fachkräftemangel reden. Wo waren Sie und haben gegengesteuert? – Statt Lösungen gibt es von Ihrer Seite seit so vielen Jahren nur Schönfärberei. Noch schlimmer: Der Ministerpräsident degradiert unsere hoch qualifizierten Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung zu Betreuungstanten. Er sagte – Zitat –, Eltern bräuchten auch keine Ausbildung zur Kinderbetreuung. Warum also die Erzieherin? – Das ist offenbar die Haltung unseres Ministerpräsidenten. Ist das der Dank?

(Beifall bei der SPD)

Damit fahren Sie das System sehenden Auges weiter an die Wand. Wir brauchen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen, nicht irgendwann, sondern jetzt. Sonst sind auch noch diejenigen weg, die jetzt noch in diesem Beruf arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zu einem starken Bayern gehört eine starke Kinder- und Jugendhilfe. Jugendpolitik heißt nicht, einen Jugendgipfel durchzuführen. Das ist zwar gut, ist aber nicht zielführend und reicht nicht aus. Gute Kinder- und Jugendpolitik bedeutet, Freiräume zu schaffen, echte Begegnungs- und Mitsprachemöglichkeiten zu eröffnen und Perspektiven für die Zukunft zu schaffen. Wir brauchen Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendarmut, beispielsweise auch durch kommunale Präventionsketten und Angebote in Brennpunktvierteln, um diejenigen zu erreichen, die die Unterstützung besonders nötig haben. Dazu gehört auch eine bessere Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Kein junger Mensch darf verloren gehen, wie es immer so schön heißt.

(Beifall bei der SPD)

Die Streichung der Berufseinstiegsbegleitung letztes Jahr war genau das falsche Signal.

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz – oh ja. Die SPD setzt sich schon seit langer Zeit dafür ein. Wer hat das in der letzten Legislaturperiode letztendlich auf Bundesebe-

ne blockiert? – Das waren die Fraktionen der Union, weil Ihnen die Formulierungsansätze viel zu weitreichend waren. Das war nicht die SPD.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na ja!)

In dieser Legislaturperiode werden wir weiterkommen – vertrauen Sie darauf.

(Beifall bei der SPD)

Ein soziales Bayern sorgt auch für eine echte Work-Life-Balance für Familien. Familien müssen sich zunehmend abstrampeln, weil es mit der Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf nicht wirklich allzu weit her ist. Das betrifft immer wieder besonders die Frauen. Vorhin hat sich die Ministerin besonders bei den Vätern bedankt, dass sie auch Elternzeit nehmen. Ich danke jetzt einfach einmal all den Müttern, die seit so vielen Jahren für die Betreuung und das Aufwachsen ihrer Kinder zuständig sind.

(Beifall bei der SPD)

Gleichstellung ist für uns einfach mehr.

Wir brauchen eine stärkere finanzielle Entlastung auch für ganz normale Familien mit ganz normalem Einkommen. Die versteckten Kosten im Alltag sind nach wie vor viel zu hoch. Es bedarf wirklich sehr vieler Maßnahmen, um der Armut in unserem Land entgegenzuwirken. Die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land geht immer stärker auseinander. Ich würde erwarten, dass eine Sozialministerin in einem relativ wohlhabenden Bundesland sich stärker als Anwältin für diejenigen einsetzt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

(Beifall bei der SPD)

Im Hinblick auf das Thema Schutz vor Gewalt brauchen wir weitere Verbesserungen. Es fehlt an flächendeckenden Angeboten. Angebote für queere Menschen müssen dringend im Land ausgebaut werden. Mich hat die öffentlichkeitswirksame Äußerung der Ministerin im Zuge des Selbstbestimmungsrechts erstaunt. Das war ein Schlag ins



Gesicht für queere Menschen und ihre Community. Laut Twitter- und Pressemeldungen handle es sich nur um einen Hype. Die Bundesregierung sollte das Thema nicht größer machen, als es sei. Man solle diesen Menschen einfach Zeit für ihre Entwicklung geben.

Es fehlen Angebote für Flüchtlinge, Angebote für Menschen mit Behinderung und Angebote für Kinder und Frauen, die Gewalt erleben mussten. Es fehlt Personal für Beratung, Vernetzung und Prävention. Es fehlt eine Monitoring-Stelle. Außerdem fehlt nach wie vor ein unabhängiger Missbrauchsbeauftragter für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Inklusion statt Exklusion. Auch insoweit ist hier noch richtig Luft nach oben. Die Barrierefreiheit bis 2023, die sogar der damalige Ministerpräsident angekündigt hatte, hat das Sozialministerium mittlerweile beerdigt. Wir werden also bis 2023 nicht so weit sein, wie es einmal als Zielsetzung formuliert worden war.

Menschen mit seelischer Behinderung fallen wohl weiterhin vollständig durch das Raster. Trotz unserer Initiative wurden keine Investitionsmittel für Wohnraum für Menschen mit seelischer Behinderung bereitgestellt.

Sie sehen also: Die Baustellen sind groß und vielfältig.

Ginge es nach uns, der SPD, wären wir im Bereich der Armutsbekämpfung schon ein deutliches Stück weiter. Wo muss man denn ansetzen? – Bei der Ermöglichung guter Erwerbsbiografien und guter Arbeit, deren Einkommen zum Leben und für das Alter ausreicht; dazu wird nachher meine Kollegin Diana Stachowitz noch etwas sagen.

Stattdessen haben wir in Bayern laut letztem Stand 250.000 armutsgefährdete Kinder und Jugendliche – Tendenz steigend. Wenn man sich das von der Größenordnung her einmal vorstellt: Das ist eine Stadt wie Augsburg, die drittgrößte Stadt Bayerns.

In keinem anderen Bundesland sind so viele ältere Menschen von Armut betroffen wie bei uns. Konkrete Lösungsansätze – außer mit dem Finger nach Berlin zu zeigen – sehe ich hier nicht wirklich.

Ich komme zu dem Thema "Recht der Seniorinnen und Senioren auf Mitbestimmung". Die Eckpunkte des Seniorenmitwirkungsgesetzes sind uns vorgestellt worden. Es fehlt jedoch die Verlässlichkeit für die Seniorinnen und Senioren. So können sie sich nicht darauf verlassen, Seniorinnen- und Seniorenbeiräte gründen zu dürfen. Das Kernanliegen der SPD-Landtagsfraktion wird somit für die Seniorinnen und Senioren in Bayern leider nicht Wirklichkeit. Insoweit ist das letzte Wort sicherlich noch nicht gesprochen. Ich denke, dass sich die Betroffenen auch noch einmal kräftig zu Wort melden werden. Schade, dass Sie hierzu eine Haltung haben, die letztlich nur einen zahnlosen Tiger auf den Weg bringt.

(Beifall bei der SPD)

Sozialpolitik soll die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger verbessern und hauptsächlich für Menschen in Notlagen da sein. Deshalb haben wir in der vergangenen Woche einen Dringlichkeitsantrag mit der Forderung nach einem Entlastungspaket eingebracht. Wir wollten ein Klima- und Energiegeld von einmalig 50 Euro pro Kopf, eine Einmalzahlung von 100 Euro für Bezieher von Grundsicherung, einen einmaligen Kinderbonus von 100 Euro für jedes Kind und die Ausweitung des Frühstücksprogramms an Schulen erreichen. Sozialpolitik ist für den sozialen Zusammenhalt wichtig.

(Zuruf von der CSU: Und was ist mit dem Bund?)

– Die Länder müssen schon auch ihren Teil dazu beitragen. Es reicht nicht aus, immer mit dem Finger nach Berlin zu zeigen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Berlin gibt Ihnen gute Initiativen vor. Die Länder sind in der Pflicht, diese aufzugreifen und weiterzuführen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

**Julika Sandt (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor großen Herausforderungen als Folgen von Corona und des Angriffskriegs gegen die Ukraine. Diese Herausforderungen wachsen ständig an. Ich nenne nur die Inflation, insbesondere die hohen Energie- und Lebensmittelkosten, und vor allen Dingen den Umstand, dass viele Geflüchtete in unser Land gekommen sind und noch kommen werden. Gerade angesichts dessen ist doch eine sehr starke, sehr profilierte Sozialpolitik gefordert.

(Zuruf von der CSU: Die macht ihr in Berlin?)

– Ja. – Von dieser Regierungserklärung hätte ich starke Lösungen erwartet, Profil statt Beliebigkeit. Als ich den Titel las: "Bayern. Gemeinsam. Stark.", dachte ich, Sie wollten jetzt etwas Gemeinsames mit uns auf den Weg bringen. Aber dann kam Ihre Pressekonferenz. Ich muss wirklich sagen, dass ich über die Vorwürfe, die dort geäußert wurden, entsetzt war. Es war Martin Hagen, der als Betroffener extrem couragiert dafür gekämpft hat – ich bedanke mich bei ihm, aber auch bei Herrn Seidenath –, dass es dann zu einem gemeinsamen Antrag auf Förderung von Kindeswunschbehandlungen kam. Das ist ein Herzensthema der FDP.

(Zuruf von der CSU: Und wer zahlt nicht mehr?)

– Der Bund zahlt natürlich weiter. Sie wissen, dass die Haushaltsverhandlungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattfanden. Es kam zu Lücken; aber wir haben es für das nächste Jahr sichergestellt. Das hätten Sie auch dieses Jahr machen können.

Warum ist Bayern das einzige Bundesland, das die entsprechende Finanzierung eingestellt hat?

(Zuruf von der CSU)

In allen anderen Ländern gab es damit kein Problem. Nur Bayern hat Schwierigkeiten gemacht.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der CSU: Das ist doch unsachlich!)

Unsere Haushaltsanträge dazu haben Sie abgelehnt.

Dann behaupteten Sie in Ihrer Pressekonferenz, die Ampel rede nur von Schwangerschaftsabbrüchen. Ich würde gern gar nicht darüber reden. § 219a des Strafgesetzbuches, dieser erzkonservative Paragraf, der es einer Frau, die sich informieren möchte, nicht ermöglicht, sich im Internet zu informieren, hätte ganz abgeschafft gehört; dann hätten wir gar nicht groß darüber reden müssen.

Wir von den Liberalen wollen, dass jeder jungen Frau, derjenigen, die einen Kinderwunsch hat, und der derjenigen, die ungewollt schwanger wird, geholfen wird – so, wie sie es braucht. Das ist liberale Politik.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der CSU: Und die macht ihr in Berlin?)

– Die machen wir, genau die machen wir. Sie machen sie nicht, und Sie haben sie viele Jahre nicht gemacht.

Ich erinnere daran, dass die Gelder aus Berlin viele Jahre lang in Bayern überhaupt nicht ausgegeben werden konnten, weil sich der Freistaat eben nicht an der Kofinanzierung beteiligte.

(Widerspruch bei der CSU)

Nur dank uns ist es dann doch passiert. Die bayerische CSU und die von ihr gestellte Regierung hatten sich jahrelang dagegen gesperrt. Sie sollten uns eher dankbar sein, dass wir das vorangetrieben haben.

Noch einmal zum Titel der Regierungserklärung: "Bayern. Gemeinsam. Stark." Das hätte der Titel jeder Regierungserklärung aus jedem Ressort sein können, überhaupt der Titel jedes Pamphlets. Warum nicht gleich: "Wir sind die Mega-Hammer-Staatsregierung!" oder: "Mia san mia"? Dieser Titel ist einfach Ausdruck von Beliebigkeit, und das bei einem so wichtigen Thema, der Sozialpolitik. Da haben wir wirklich einen anderen Anspruch.

Sie haben zwar neulich im Sozialausschuss Ihren Anspruch formuliert, indem Sie sagten, Sozialpolitik müsse verlässlich sein und Halt geben. Es ist aber so, dass Sie diesem Anspruch nicht gerecht werden.

Wir wollen eine Sozialpolitik, mit der wir Chancen schaffen. Das ist sehr viel mehr, als Halt zu geben. Ja, es gibt viele Menschen mit körperlichen oder seelischen Leiden. Es gibt Frauen, die Gewalt erfahren. Diese Menschen brauchen natürlich erst einmal Verlässlichkeit und Halt. Aber es gibt auch sehr viele Menschen, die Chancen im Leben brauchen. Das ist ein anderer Anspruch. Dabei geht es um frühkindliche Bildung – meines Erachtens ein sehr wichtiger Bereich Ihres Ressorts –, um Kinder, um Familien, aber auch um Menschen mit Behinderung. All diesen Menschen muss ein selbstbestimmtes Leben eröffnet werden, auch sie brauchen Halt. Dafür kann man wahnsinnig viel machen. Was das angeht, so haben wir einfach einen anderen, einen höheren Anspruch.

Ich komme auf die einzelnen Punkte zu sprechen.

Frühkindliche Bildung ist wirklich das Zukunftsthema. Dabei geht es um Sprachförderung, Persönlichkeitsentwicklung und Chancengerechtigkeit – ein Leben lang –, so dass man überhaupt motiviert und neugierig ist. Dann hat man in der Schule Spaß und Interesse und kann auch danach gut durch das Leben gehen. Im gesamten späte-

ren Leben profitiert man davon, wenn man eine gute frühkindliche Bildung erfahren hat. Das besagen alle Studien.

Sie haben nur das Stichwort Medienkompetenz erwähnt. Das hat mich gewundert; denn das Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik, das es schon mehrere Jahre lang gegeben hatte, wurde, sozusagen als Unterabteilung, in das Staatsinstitut für Frühpädagogik übernommen, nachdem es jahrelang unterbesetzt und unterfinanziert war. Ich bin gespannt, was in Sachen Medienkompetenz jetzt wirklich passieren wird und ob und, wenn ja, wie die Kitas überhaupt in irgendeiner Weise in Sachen Medienpädagogik unterstützt werden. Bisher habe ich davon nicht viel gesehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen aus der Bertelsmann-Studie, dass bis 2030 46 000 Kita-Fachkräfte fehlen. Und was bringen Sie in Ihrem Bericht? Die Herzwerker-Kampagne. Schön und gut – nichts gegen die Herzwerker –, aber Sie glauben doch nicht, dass Sie mit dieser Kampagne 46 000 junge Menschen begeistern können, diesen Beruf zu ergreifen! Dafür müssen Sie in diesem Land doch viel, viel mehr tun.

Wir fordern eine strategische Personalplanung und eine Fachkräftebedarfsanalyse. Wir wollen es allen Einrichtungen ermöglichen, eine vergütete Ausbildung anzubieten. OptiPrax kommt aber überhaupt nicht ins Rollen. Wo sind denn die Studienplätze, die Sie vorhin erwähnt haben? Wir brauchen eine bessere Fachkraft-Kind-Relation. Wir wollen die Fachberatung und die pädagogische Qualitätsbegleitung als Angebote richtig verankern.

All das sind Anträge, die wir hier eingebracht haben, die die Regierungsfractionen leider abgelehnt haben. Aber das ist doch das, was wir für die Sozialpolitik in Zukunft brauchen, was dieses Land braucht: eine gute frühkindliche Bildung. Das sind Chancen für die Kinder und natürlich auch für die Familien. Denn es geht natürlich auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; nicht an erster Stelle, aber auch.

Die Betreuungsquote der Kinder zwischen null und drei Jahren in der Kindertagesbetreuung liegt bei 29,6 %. Zum Vergleich: Bundesweit sind es 34,4 %. Viele Bundesländer liegen bei über 50 %, und der Bedarf ist auch entsprechend hoch. Auch in Bayern ist er entsprechend hoch. Das Angebot fehlt einfach. Die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist doch die Ursache für vieles, in dem Bayern rückständig ist.

Sie haben gesagt, Sie wollen was gegen den Gender Pay Gap tun. Ja, setzen Sie als Erstes bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Sie wollen was gegen die Armut bei Alleinerziehenden tun. Da hat Bayern tatsächlich eine klaffende Wunde. Da kann man ebenfalls bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ansetzen. Und ja, auch für die Altersarmut bei Frauen ist die Ursache die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sagen jetzt: Ihr bekommt ein bisschen Familiengeld hier und irgendwas da, aber das Geld in der frühkindlichen Bildung fehlt und die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf fehlt. Ja, was passiert denn dann mit den Familien? – Das bedeutet doch, dass das letzten Endes wieder zu fehlenden beruflichen Perspektiven führt – meistens sind es die Mütter – und irgendwann auch wieder in die Altersarmut. Da muss man doch einfach den Hebel ansetzen.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen, Kinder sind unser höchstes Gut, unser köstlichstes Gut. Das steht ja auch in der Verfassung. Schaffen wir Chancen für Kinder, schaffen wir Chancen für Familien!

Aber Chancen brauchen auch – und das ist mir ebenfalls ein Herzensanliegen – Menschen mit Behinderung. Barrierefreiheit ist ein Marathonlauf, es ist ein Kraftakt; da muss man einschätzen, wann man sein Ziel erreichen kann, und da muss man natürlich auch durchhalten. Es ist unerträglich, dass sich die Bayerische Staatsregierung von ihrem einmal groß verkündeten Ziel "Bayern barrierefrei 2023" sang- und klanglos verabschiedet hat.

Jetzt, auf der Hälfte der Strecke dieses Marathonlaufs, lässt die Frau Ministerin mit dem Bericht zur Barrierefreiheit, den sie uns jetzt vorgelegt hat – dem Sozialausschuss liegt er vor –, schon mal die Korken knallen und kürt sich als Siegerin. Fakt ist aber: Von 1.700 Bahnhöfen werden bis Ende 2022 gerade mal 500 barrierefrei sein, also nicht einmal 50 %. Dann kündigt die Staatsregierung an, dass bis Ende 2024 alle Busse barrierefrei sein sollen. Wenn wir aber nachfragen, weiß die Staatsregierung weder, wie viele Busse, noch wie viele Haltestellen überhaupt schon barrierefrei sind. Bei den staatlichen Gebäuden ist es ähnlich: Auch da ist die Barrierefreiheit nur zu ungefähr 50 % erfüllt.

Dass die Bayerische Staatsregierung die digitale Barrierefreiheit sträflich vernachlässigt, wissen wir auch seit Jahren. Die Stelle, die die Websites des Landes, der Kommunen und der Bezirke überprüfen soll, besteht aus gerade mal drei Personen. Also, das ist wirklich – –

In Ihrem heutigen Bericht loben Sie sich für herausragende Fortschritte in puncto Barrierefreiheit bei der Bewusstseinsbildung. Wir brauchen barrierefreie Mobilität, wir brauchen barrierefreies Internet. Und Sie, was servieren Sie den Leuten, denen Sie was anderes versprochen haben? – Bewusstseinsbildung! Also, das ist echt einfach zu wenig, das kann es ja wohl nicht sein, das kann auch nicht Ihrem selbst gestellten Anspruch gerecht werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale haben viele Anträge gestellt, um den Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen: barrierefreie Software für Menschen mit Sehbehinderung, ein Gehörlosengeld für Gehörlose. Sie mit Ihrer Einmalzahlung! Wissen Sie, was ein Hörgerät kostet? Wissen Sie, was ein Gebärdensprachdolmetscher kostet? Wir brauchen hier eine gute, nachhaltige Finanzierung. Mehrere Fraktionen haben entsprechende Anträge gestellt. Bei uns von der FDP waren die übrigens auch noch sauber gegenfinanziert.



Sie erwähnen zwar die Inklusion, aber in Ihrem Bericht fehlen die Komplexeinrichtungen, also riesige Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, die wir öffnen und weiterentwickeln wollen, die sogenannte Konversion, die da geplant ist. Auch das fehlt völlig in Ihrem Bericht. Wir haben ja auch nur einen Kurzbericht. Ich weiß nicht, was da jetzt noch geplant ist. Es ist überhaupt ein Unding, dass wir den Bericht erst heute früh bekommen haben.

Die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung sieht auch nicht gut aus: Im Jahresdurchschnitt 2021 hatten zwar 55 % der schwerbehinderten Arbeitslosen einen Berufs- oder Hochschulabschluss, aber die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderung ist mehr als 60 % höher als bei Menschen ohne Schwerbehinderung. Ganz großer Nachholbedarf besteht ja auch noch bei der Integration von Menschen mit Behinderung aus den Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt. Da schafft das "Budget für Arbeit" gerade mal unter ein Prozent. Da ist ganz viel zu tun, und da appelliere ich dringend an Sie, hier weiter voranzukommen.

Wir wollen Chancen schaffen für Familien, für Menschen mit Behinderung, für alle aus dem sozialen Bereich. Das ist liberal. Sie beschränken sich in Ihrem konservativen Weltbild auf das Notwendige: Verlässlichkeit, Halt, Stabilität. Aber mit der Verlässlichkeit ist es auch nicht so weit her. Sie haben heute nach langem Hin und Her ein Seniorenmitwirkungsgesetz angekündigt, mit Anhörungsrecht. Das ist schön.

Landessenorenvertretung: Versammlung, ja; Landesjugendparlament: nein; eine Vertretung für Kita-Eltern: nein. – Das geht alles nicht, obwohl Senioren eh schon eine sehr viel stärkere Wählergruppe sind und andere Gruppen überhaupt kein Wahlrecht haben. Oder kann es vielleicht sein, dass Sie das machen, das es so ist, dass Sie sich Stimmen von den Senioren versprechen? Und die jungen Leute, die eh unterrepräsentiert sind, von der Bevölkerungsstärke her, aber auch, was das Wahlrecht angeht, das Sie ihnen verwehren, die sollen überhaupt keine Vertretung haben? – Das ist ein Unding.

(Petra Högl (CSU): Das ist doch Quatsch! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das kann man doch nicht gegeneinander rechnen!)

Das ist widersprüchliche Politik. Das hat mit Verlässlichkeit überhaupt nichts zu tun. Das ist einfach nur widersprüchlich und meines Erachtens völlig falsch.

(Beifall bei der FDP)

Verlässliche Sozialpolitik bedeutet noch mehr. Es gibt Menschen, die darauf angewiesen sind. Ich nenne hier Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind. Die Staatsregierung hat sich mit dem Konzept "Bayern gegen Gewalt" auf die Fahnen geschrieben, den Gewaltschutz zu verbessern. Unsere Sachverständigenanhörung hat aber ergeben, dass da noch ganz viel Luft nach oben ist. Ich nenne nur das Beispiel "Ausbau der Frauenhäuser". Bei dem Schnecken tempo, das Sie vorlegen, dauert es bei den Frauenhausplätzen noch bis zum Jahr 2035 und bei den Familienplätzen sogar bis 2059, bis wir die Vorgaben der Istanbul-Konvention erreicht haben.

Sie, Frau Ministerin – Wo ist Sie jetzt eigentlich? – Ach ja, da hinten! –, sagen jetzt: Gute Sozialpolitik muss verlässlich sein. Auf wen sollen sich denn die Frauen, die täglich von Gewalt bedroht sind, in den kommenden 12 bis 27 Jahren verlassen, Frau Ministerin? Wo bleibt eigentlich die statistische Erfassung der Abweisungszahlen der Frauenhäuser, –

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Abgeordnete, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

**Julika Sandt (FDP):** – auf die wir seit zwei Jahren warten? Wir müssen – – Okay. Gewaltschutz ist wichtig, übrigens auch für die Geflüchteten aus der Ukraine, die hier betroffen sein können. Auch für sie wollen wir Chancen schaffen, durch berufliche Anerkennung.

Das ist liberales Credo: Chancen schaffen, –

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Abgeordnete!

**Julika Sandt (FDP):** – Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben schaffen! Bitte unterstützen Sie uns dabei.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

(Zurufe: Oh!)

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Unter jedem Dach ist ein Ach, warum nicht hier im Hohen Haus? Ein herzliches Grüß Gott, verehrte Bürger! Sehr geehrte Frau Staatsministerin Scharf, nichts gegen ein durch Gemeinsamkeit starkes Bayern. Aber was hat denn die Bayerische Staatsregierung in den letzten beiden Jahren getan, um dieses Ziel aus dem Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN zu erreichen? Etwa in der Wirtschaftspolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Energiepolitik oder in Ihrem Fach, Sozial- und Familienpolitik? Auch heute hörten wir von Ihnen, Frau Scharf, altbekannte Selbstbeweihräucherung, Absichtserklärungen bei Familien, Kitas, Schulen, etwa zur Ganztagsbetreuung.

Haben Sie sich eigentlich überlegt, dass das, was Sie gesagt haben, auch im DDR-Sozialismus-Konzept stand und auch verwirklicht wurde? Die Bürger brauchen Entlastung bei Steuern und Abgaben, Hilfe gegen rapide Teuerungen, etwa bei Strom-, bei Kraftstoff- und Lebensmittelkosten, bei Wohnkosten. Tatenlos sieht die Bayerische Staatsregierung zu, wie kleine und größere Sparvermögen und Rücklagen für das Alter durch exorbitant ansteigende Geldentwertung unaufhaltsam sich in nichts auflösen, allein im Monat Juni lag die Geldentwertung bei 8,4 %. Das ist asoziale Sozialpolitik!

Was hat uns die Söder-Sozialpolitik gebracht? – Ich sage es Ihnen: Zwei Jahre Corona-Willkür mit verfassungswidrigen Ausgangssperren und grundrechtsfeindlichen Be-

schränkungen, bar jeglicher Evidenz 2G, 2G plus, 3G-Ausgrenzung, Kontaktverbote bis in die Familien hinein,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Billigster Populismus!)

Weihnachten ohne Großeltern, vereinsamte Alte in Heimen, Test-, Impf- und Maskenfetischismus flankiert von nachweislichen Falschaussagen über Wirksamkeit und Nebenwirkungsfreiheit der mRNA-Spritzen, die alles sind, meine Damen und Herren, nur eben keine Impfungen im klassischen Sinne.

Nein, Frau Scharf, die Menschen sind nicht enger zusammengewachsen, wie Sie gesagt haben. Die Devise lautete immer: Abstand halten, Kontakte vermeiden. – Was ist daran sozial? Die Söder-Regierung hat nicht nur Angst und Panik geschürt, sondern die Gesellschaft tief gespalten mit sinnlosen Schul- und Kita-Schließungen, Lockdowns und dumpfen Politslogans wie "Pandemie der Ungeimpften" oder "Impfung ist der einzige Weg in die Freiheit". Für viele war es der beschleunigte Weg in den Tod.

(Widerspruch)

Ist es stark, wenn die Regierung die Pflegedienstkräfte zwingt, sich spritzen zu lassen oder den Job aufgeben zu müssen, jetzt aber der Mangel an Pflege dazu führt, dass diese aus dem Ausland angeworben werden müssen? Meint die Staatsregierung gar, Gemeinsamkeit entsteht durch Unterdrückung der Freiheit, etwa der Demonstrations-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit?

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): In was für einem Land leben Sie eigentlich?

– Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Haben Sie Sehnsucht nach Ihrer alten Fraktion? Das ist eine Bewerbungsrede für eine Rückkehr zu Ihrer Chaostruppe!)

Bayern will Sozialstaat und Rechtsstaat sein.

(Weitere Zurufe)

– Sie haben jetzt Pause, weil "jetzt red i"! – Die gesehenen Schlagstockattacken paramilitärischer Polizeieinheiten sind damit aber genauso wenig zu vereinbaren wie die aberwitzig hohen Bußgelder für Rentner, die auf der Parkbank ein Eis lutschen.

(Widerspruch – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hören Sie auf, einen solchen Käse daherzureden!)

Das hinterlässt Wunden, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das schafft Staatsverdrossenheit.

(Widerspruch)

– Sie sind üble Dazwischengeiferer! Halten Sie doch endlich mal die Bappn!

(Zurufe)

Weitere Minuspunkte: die Aufgabe der sicheren Versorgung unserer Bürger und der Wirtschaft mit bezahlbarer Energie. Heizen wird zum Luxus. Frieren wird sozialadäquat. Das soll Sozialstaat sein? Die Industrieproduktion wird wegen Lieferengpässen zum Glücksspiel. Das ist Ihre "gute Sozialpolitik"! Bescheuert!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie haben daher immer einen Schal um!  
Bei Ihnen wird es nicht kalt, Herr Kollege!)

Und was tut die bayerische Regierung, um die Abkehr von so vielen Energieträgern und von Kernkraftwerken zu kompensieren? – Die Quasi-Aufhebung der 10-H-Regel. Mehr Abstand? – Nein, Zusammenwirken mit Windrädern.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Ich komme zum Schluss. Weder Gendersternchen noch Sozialversprechen noch mehr Professuren machen Bayern stark, sondern gute Energiepolitik und die gute Entlastung bei Steuern und Abgaben.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet!

(Zurufe)

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** – Sie sind absolut unmöglich!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist nur noch peinlich! – Weitere Zurufe)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Kollege Matthias Enghuber von der CSU-Fraktion.

**Matthias Enghuber (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde vorschlagen: zurück zur Sozialpolitik. – Einer der wichtigsten Schätze, den wir besitzen, sind unsere Kinder, egal ob neu geboren oder im besten Teenageralter. Sie alle sind schützenswert und haben ein Recht auf Teilhabe. Jugendliche möchten anders mitreden als Kindergartenkinder. Alle haben ein Recht, gehört zu werden.

Wir in Bayern legen besonderen Wert darauf, unseren Kindern gerecht zu werden, ihnen ihr Recht zu geben und Gehör zu verschaffen. Viele Gesetze in Deutschland dienen dem Schutz und der Beteiligung sowie den Rechten von Kindern. Inzwischen ist insbesondere die Umsetzung der Kinderrechte in der digitalen Welt von größter Bedeutung. Diese Welt bietet Chancen, aber auch Risiken. Vor denen müssen wir unsere Kinder schützen. Hier müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen permanent mitwachsen und durch uns richtig gesetzt werden.

In der Bayerischen Verfassung sind Kinderrechte eigens erwähnt, unter anderem im Artikel 125 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung und im Artikel 126 Absatz 3 Satz 1, der bestimmt: "Kinder und Jugendliche sind durch staatliche und gemeindliche Maß-

nahmen und Einrichtungen gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und gegen Misshandlung zu schützen."

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Vernachlässigung hat höchsten Stellenwert. Bayern hilft mit vielfältigen Maßnahmen, von Prävention durch die frühen Hilfen bis hin zum konsequenten Vollzug des staatlichen Wächteramtes. Der Freistaat Bayern setzt auf ein Gesamtkonzept. Wichtig sind hierbei vor allem zielgerichtete Hilfen für Familien in Belastungssituationen, damit Eltern auch in diesen Situationen ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden können. Dies ist in Zeiten wie denen, die wir gerade erleben, besonders wichtig. Wir lassen die Familien im Freistaat Bayern nicht allein.

Partizipation steht im Mittelpunkt. Für mich als Jugendpolitiker ist die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Entscheidungen der Politik gerade vor Ort in den Kommunen besonders wichtig. Da hilft nämlich die reine Absenkung des Wahlalters nicht, wenn die Jugendlichen vorher nicht in die Entscheidungsprozesse eingebunden worden sind, meine Damen und Herren. Hier verweise ich auf das bayerische Gesamtkonzept zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Die Staatsregierung setzt wichtige Impulse für die Umsetzung von Beteiligungsrechten in allen Lebensbereichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das beginnt schon im Krippen- und Kindergartenalter mit den Bildungsleitlinien des BayKiBiG, im Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan und im Orientierungsrahmen "Erfolgreiche Konzeptionsentwicklung leicht gemacht". Junge Menschen können sich in der Jugendverbandsarbeit unmittelbar und spürbar einbringen. Auch der "Bayerische Aktionsplan Jugend" verfolgt unter anderem das Ziel der Stärkung der Partizipation junger Menschen. Neben der Anhörung im Bayerischen Landtag zur Stärkung der Jugendbeteiligung im letzten Jahr gab es in diesem Jahr am 30. Mai in Augsburg die zweite Kinder- und Jugendkonferenz in Bayern.

Auch im digitalen Lebensraum wird die Partizipation von Kindern und Jugendlichen immer wichtiger, aber auch die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf digitale Bildung und einen zeitgemäßen Kinder- und Jugendmedienschutz werden immer wichtiger. Ich erinnere nur an den digitalen Hackathon unter dem Motto "Ideen für die Jugend" im Oktober des vergangenen Jahres, dessen Initiativen und Ideen seither umgesetzt werden. Kleiner Surftipp: [www.partizipation.bayern.de](http://www.partizipation.bayern.de). – Wichtigster Partner der Bayerischen Staatsregierung bei der Gestaltung und Umsetzung der jugendpolitischen Ziele ist der Bayerische Jugendring.

Der Bayerische Landtag und die Staatsregierung haben in den vergangenen Jahrzehnten günstige Rahmenbedingungen und Strukturen für die bayerische Jugendarbeit geschaffen. Dazu stellte der Freistaat Bayern im vergangenen Jahr über 36,3 Millionen Euro zur Verfügung. Wir unterstützen die Jugendarbeit in unterschiedlichster Weise, zum Beispiel durch die Förderung der Ausbildung zum Jugendleiter, durch die Unterstützung von Schullandheimen, Jugendherbergen oder auch, ganz exemplarisch rausgegriffen, der Stiftung des Max-Mannheimer-Hauses in Dachau, das ein großes Thema war.

Einer der wichtigsten Bausteine zur Unterstützung von Jugendlichen ist die Unterstützung vor Ort, auch in den Schulen. Die Jugendsozialarbeiter und -sozialarbeiterinnen leisten dort großartige Arbeit. Sie sollen sozial benachteiligte junge Menschen bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen und fördern. Dadurch soll deren Chance auf Teilhabe und eigenverantwortliche sowie gemeinschaftsfähige Lebensgestaltung verbessert werden. Gerade im Übergang von der Schule ins Berufsleben ist die Jugendsozialarbeit ein wichtiger Pfeiler für die Jugendlichen, unter anderem für diejenigen mit Migrationshintergrund. Grundsätzlich stehen die Türen der Jugendsozialarbeit aber jedem Schüler und jeder Schülerin offen, der oder die Unterstützung benötigt. Deshalb ist diese Arbeit für uns besonders wertvoll. Jugendämter vor Ort stellen im Rahmen der Jugendhilfeplanung fest, wo ein so großer jugendhilferechtlicher Handlungsbedarf



besteht, dass er mit Hilfe der JaS-Stellen gedeckt werden soll. Das heißt: Unterstützung genau da, wo sie am meisten gebraucht wird.

2013 hat die Bayerische Staatsregierung die Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms beschlossen. Das Kinder- und Jugendprogramm setzt sich mit den zentralen Herausforderungen der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern auseinander, identifiziert Handlungsfelder und zeigt Lösungsansätze auf. Die Staatsregierung bezieht dabei mit dem Titel "Potenziale entfalten, gesellschaftliches Miteinander gestalten, Brücken bauen" ganz klar Stellung. Die Eigenverantwortlichkeit von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern wird in den Mittelpunkt gerückt. Möglichkeiten der Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements werden betont und Teilhabechancen gesichert.

Neben der Fortführung bereits bestehender Angebote werden wichtige Impulse für die Weiterentwicklung und Neugestaltung von Programmen gesetzt. Das Kinder- und Jugendprogramm wurde von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Sozial- und Kultusministerium erarbeitet. Diese Arbeitsgruppe beruht auf einem fraktionsübergreifenden Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Fortschreibung des bayerischen Kinder- und Jugendprogramms und knüpfte dabei an die Ergebnisse der Enquetekommission "Jungsein in Bayern" an.

Jetzt, 2022, haben wir in Bayern ganz offiziell das Jahr der Jugend. Unsere Antragspakete aus der Regierungskoalition stärken jugendliches Ehrenamt und zeigen die Zielvorgaben für kommunale Jugendvertretungen und Partizipation auf Landesebene auf. Die Impulse der letzten Jugendtagungen und die Ideen der bayerischen Jugendverbände kommen in der Landespolitik an und entfalten ihre Wirkung.

Sie sehen: Kinderschutz, Jugendarbeit und Partizipation laufen in Bayern erfolgreich Hand in Hand – mit langer Tradition und frischen Ideen für die Zukunft. Kein anderes Bundesland bietet seinen Jugendlichen so viele Chancen, wie das hier im Freistaat Bayern der Fall ist.

Mir persönlich sind unsere Kinder und Jugendlichen in Bayern nicht nur wichtig, sie sind ein Schatz und unsere Zukunft. Nicht nur, dass ich selber durch die kommunalpolitische Verantwortung einen besonderen Bezug habe; mir ist das Thema auch als Vater von fünf Kindern immer ein großes Anliegen. Ich bin froh, dass meine Kinder in Bayern aufwachsen, in einem Land, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Kindern erstens einen besonderen Schutz zu bieten und zweitens allen Kindern und Jugendlichen auf verschiedenen Wegen Einfluss auf Entscheidungen zu bieten, die sie mittelbar und unmittelbar betreffen.

Ich danke Frau Staatsministerin Ulrike Scharf und allen Beteiligten für die gute Arbeit. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Als Nächste hat die Kollegin Eva Lettenbauer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleg\*innen! 67 % der Menschen in Bayern sind ehrenamtlich oder gemeinschaftlich aktiv. Die Menschen in Bayern unterstützen sich gegenseitig immens und sind äußerst hilfsbereit. Sie machen Bayern sozial.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was an vielen Stellen allerdings fehlt, ist eine soziale Politik, die wirklich diejenigen fair und gerecht unterstützt, die hier in Bayern Unterstützung brauchen. Auch die Wirtschaft in Bayern – das sei gesagt – richtet sich seit Jahrzehnten am Puls der Zeit aus; sie erhält Arbeitsplätze, sie schafft neue. Das macht Bayern sozial.

Es ist aber ein Alarmsignal, dass sich Unternehmen wie Northvolt oder Intel als Standort für ihren Betrieb und für ihre Arbeitsplätze gegen Bayern entscheiden, weil die Staatsregierung den Ausbau erneuerbarer Energien und vor allem der Windkraft blo-

ckiert. Das gefährdet Arbeitsplätze und Betriebe in Bayern. Frau Scharf, das muss Ihnen ein großes Anliegen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Johann Häusler (FREIE WÄHLER) und Michael Hofmann (CSU))

Apropos Arbeit: Wir treffen uns heute, im Juli. Zum 01.09. wollen zahlreiche junge Menschen in Bayern in ihre Berufsausbildung starten. Bayerns Betriebe wollen neue Leute ausbilden. Doch 48.618 Ausbildungsstellen sind unbesetzt, und 19.764 junge Menschen haben noch keine Ausbildungsstelle oder eine Alternative gefunden. Eine Ausbildung ist ein ganz, ganz wichtiges Ticket für ein gutes und finanziell sicheres Leben.

Im Frühjahr 2020 waren in Bayern etwa 3.200 junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren – davon ganz viele ohne Berufsausbildung – von Jugendarmut bedroht. Die Zahlen müssen uns also auch hier ein Alarmsignal sein.

Frau Scharf, Bayern muss Jugendarbeitslosigkeit endlich bekämpfen. Im aktuellen Sozialbericht habe ich den Begriff leider nicht gefunden. Wir müssen da ganz dringend hinschauen. Im Alter zwischen 18 und 24 Jahren nimmt die Armut bei jungen Menschen nämlich noch mal viel, viel mehr zu. Wir haben hier in Bayern eine hohe Kinderarmut, und wir haben eine noch höhere Jugendarmut. Jeder fünfte junge Mensch ist betroffen.

Wir GRÜNE haben da längst vorausschauend – vor eineinhalb Jahren – ein Antragspaket vorgelegt. Wir brauchen einen Jugendarmutsmonitor, der ganz genau hinschaut. Wir brauchen mehr begleitende Wohnformen für junge Wohnungslose. Wir brauchen eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen, die endlich ein effizientes Matching von jungen Menschen und Betrieben hier in Bayern sichert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Junge Menschen brauchen mehr als Worte. Eine Form der Sozialarbeit muss endlich an jeder Schule und in allen Schularten in Bayern für die jungen Menschen da sein. Es reicht noch lange nicht, dass wir an manchen Schularten aufstocken. Vor allem müssen die Stellen dort auch dringendst besetzt werden.

Die bei uns schutzsuchenden Geflüchteten aus der Ukraine waren heute schon Thema. Ich möchte noch einmal betonen, dass sie gut ausgebildet sind. Wer von ihnen einen Arbeitsplatz erhält, der soll diesen auch antreten können. Beschleunigen Sie daher dringend die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen. Betriebe und Geflüchtete brauchen Planbarkeit. Unterstützen wir hier in Bayern ganz besonders kleine und mittelständische Unternehmen dabei, neuen Mitarbeitenden berufsspezifische Sprachkurse anzubieten. Es soll nicht an der Sprache scheitern. Lassen Sie die Betriebe nicht allein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil Sie vorhin nur auf die Gewaltverbrechen ausländischer Männer hingewiesen haben: Bayerns Frauen brauchen ausreichend Schutz. Die meiste Gewalt passiert – unabhängig von der Nationalität – direkt im familiären Nahfeld. Lassen Sie also endlich auf Worte Taten folgen. Wir brauchen im ganzen Land ausreichend Frauenhäuser. Übergangswohnungen – genannt Second-Stage-Projekte – brauchen wir längst nicht mehr nur als einzelne Modelle, sondern endlich flächendeckend. Ignorieren Sie hier nicht die lauten Hilferufe!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern fehlen Fachkräfte. Im Januar dieses Jahres hat unter anderem die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft mit einer Studie noch einmal die dramatische Lage deutlich gemacht. Ob Erziehungs- oder Sozialberufe, besonders beim Ganztage, ob Sicherheits- und Schutzkräfte, ob Reinigungskräfte oder Fahrzeugführer\*innen – jedes Jahr sinkt das Arbeitskräfteangebot in diesen Bereichen um mehrere Prozent. Wir müssen diesen rasanten Rückgang stoppen. Frau Scharf, sorgen Sie endlich für bessere Rah-

menbedingungen, vor allem auch in sozialen Berufen! Angemessene Bezahlung muss in Ausschreibungen endlich Förderbedingung werden. Hohe bürokratische Anforderungen im Job, besonders in den sozialen Bereichen, nehmen Mitarbeitenden viel zu viel Zeit von der eigentlichen Kernarbeitszeit, der sozialen Arbeit, weg. Lassen Sie uns hier einen Entbürokratisierungsplan auflegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist richtig innovativ. Damit das so bleibt, muss künftig jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer mindestens fünf Tage im Jahr – zehn Tage in zwei Jahren – für Weiterbildung freigestellt werden. Viele Betriebe investieren inzwischen unglaublich viel in Weiterbildung. Wir GRÜNE wollen, dass diese Möglichkeit allen Arbeitnehmer\*innen und allen Betrieben mit einer gesetzlichen Bildungsfreistellung zugesichert wird. Packen Sie auch das endlich an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Ich lade Sie für meine Fraktion herzlich ein, diese aufzugreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Kollege Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Gotthardt, bitte.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Staatsministerin! Gott sei Dank, Bayern ist ein unglaublich soziales Land. Das Schönste an der ganzen Geschichte ist: In diesem sozialen Gewächshaus sind wir trotz über 700 Seiten Sozialbericht und engagiertem politischen Tun allenfalls die Gärtnerinnen und Gärtner. Die soziale Blüte Bayerns sind die Millionen von Menschen, Millionen von Herzen, Millionen von Hände, die dieses soziale Bayern in allen seinen Facetten prägen. Dafür ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Dank gilt in diesem Fall zwei Ministerinnen, nämlich der amtierenden, Ulrike Scharf, und ihrer Vorgängerin, Carolina Trautner. Euch beiden vielen Dank für die wirklich engagierte Arbeit in allen Bereichen! Ich glaube, man darf an dieser Stelle sagen: Es ist ein Bericht von beiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich konzentriere mich an dieser Stelle, da ich der zweite Redner unserer Fraktion bin, auf die Bereiche Kinder, Jugend und Familie. Der Artikel 125 Absatz 1 unserer wunderbaren Bayerischen Verfassung ist heute schon zitiert worden: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." Bayern tut gut daran – das ist und bleibt auch das Ziel unserer Bayernkoalition –, zutiefst kinder- und jugendfreundlich zu sein. Wir sagen Ja zum Kinderlachen in unseren Straßen. Wir sagen Ja zu lachenden Kinderaugen auf unseren Spielplätzen und in unseren Familien. Das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern ist für uns ganz klar vorderstes politisches Ziel.

Das zeigt sich auch bei uns hier in der Arbeit im Bayerischen Landtag, der einer von wenigen Landtagen in Deutschland ist, der – ich schaue zur Kollegin Schorer-Dremel – eine sehr engagierte Kinderkommission hat, die sich zusätzlich zu unserem Alltagsgeschäft in den Ausschüssen und im Plenum um die Belange der jungen Generation kümmert. Ich glaube, das ist auch ein deutliches Zeichen dafür, dass wir es mit der jungen Generation in unserem Land ernst meinen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn wir als Bayernkoalition, als FREIE WÄHLER, ein politisches Ziel ausgeben, dann ist es das, dass wir ein ganzheitlich barrierefreies Bayern für unsere Kinder haben wollen. Wir wollen ein Land, das die Kinder einlädt, hinauszugehen, sobald sie gehen können, hinauszugehen in dieses Land und unabhängig von ihrer Herkunft jede Chance zu nutzen, die sie ergreifen wollen, und zwar mit all ihren Fähigkeiten und

Kompetenzen. Das heißt für uns: Inklusion beginnt von Anfang an. Inklusion beginnt – das möchte ich an dieser Stelle auch noch sagen – bereits vor der Geburt, beginnt bereits im Mutterbauch.

Familie macht glücklich – hat der Kollege gesagt. Ich bestätige das. Ich habe selber drei Kinder, drei Jungs. Kinder machen wirklich glücklich, sie entspannen. Sie geben auch unglaublich viele wertvolle Impulse für die politische Arbeit. Man merkt es auch an unserer Arbeit, die wir seit 2018 in der Bayernkoalition machen: Bayern leistet für seine Familien mehr als jedes andere Bundesland in Deutschland – auch das sei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen gesagt. Ihr könnt gern schimpfen und immer darauf verweisen, was der Bund alles tut; aber Bayern leistet als Land mehr als jedes von euch regierte Bundesland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das merken unsere Familien auch ganz klar in ihren Geldbeuteln. Wenn eine Familie mit drei Kindern heute pro Jahr 10.000 Euro mehr im Geldbeutel hat, dann ist das etwas, das man als Familie spürt, dann ist das ein klares Bekenntnis des Freistaats für seine Familien, für seine Kinder, für seine Jugendlichen.

Wir investieren auch in den Bereich der Kinderbetreuung. Seit 2008 haben wir 2,5 Milliarden Euro in den Ausbau unserer Kitas investiert. Wir legen jetzt einen großen Schwerpunkt auf den Bereich des Ganztags. Ich darf an dieser Stelle ein dickes Dankeschön an unsere Kommunen richten. Sie sind es, die mit uns die Hauptlast der Kinderbetreuung tragen. Sie sind es, die es vor Ort möglich machen, unsere Kinder zu betreuen. Ein dickes Dankeschön an unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, an unsere Gemeinderäte unserer Kommunen. Ihr tragt die Kinderbetreuung in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Weil ich von Ganztags gesprochen habe, erlauben Sie mir jenseits des Berichts anlässlich der Kritik am Wochenende noch einen kurzen Exkurs zu unseren Grundschulen.

Unsere Grundschulen leisten eine wunderbare Arbeit, wenn es darum geht, den Kindern den Rücken zu stärken, ihnen den Rucksack mit Kompetenzen und Fähigkeiten zu füllen. Auch ein Dank an unsere Grundschullehrkräfte, die unsere Kinder für ihr Leben in Bayern rüsten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wichtig ist bei alledem, was wir fördern, dass wir die Wahlfreiheit fördern. Wir fördern die Kinderbetreuung. Jedes Kind soll in der Kita oder im Kindergarten seinen Platz haben. Jede Mutter oder jeder Vater, die bzw. der ihr bzw. sein Kind zuhause betreut, soll das tun können. Ich glaube, das ist auch ein Stück weit bayerische Lebensqualität, dass wir diese soziale Freiheit garantieren.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Das tun wir, und dazu stehen wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir fördern die Familien, damit es den Kindern gut geht. Wir wissen natürlich, es gibt auch in Bayern die Gefahr, in Kinderarmut aufzuwachsen; sie ist in Bayern aber geringer als anderswo in Deutschland. Nichtsdestoweniger haben wir Kinderarmut in Bayern. Solange wir Kinderarmut in Bayern haben, werden wir alles dafür tun, um jedem Kind zu helfen und es aus der Armut zu holen. Wir wollen, dass es jedem Kind in Bayern gut geht. Das ist unser Ziel. Das macht auch die Sozialarbeit und die Sozialpolitik so interessant, weil man nie mit dem zufrieden sein kann, was man erreicht hat. Man darf immer, man muss immer und wir wollen immer weiterarbeiten, bis es allen Kindern und Jugendlichen in Bayern gut geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kinder werden schnell größer – niemand weiß es besser als die Eltern selber. Deswegen liegt der zweite Schwerpunkt meiner Ausführungen auf der Jugendarbeit. Der Kol-



lege Enghuber hat es schon gesagt: Wir haben das bayerische Jahr der Jugend. Frau Staatsministerin, ich bin davon überzeugt, dass auch Ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Ministerium diesen Bereich im zweiten Halbjahr des Aktionsjahres noch stärker betonen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben das Jahr bewusst gewählt, nicht nur weil es das europäische Jahr der Jugend ist, sondern weil wir gesagt haben: Nach der Corona-Pandemie wollen wir unsere Jugend in den Mittelpunkt rücken. Wir tun das nicht nur mit Veranstaltungen, bei denen wir die Jugendlichen einbinden oder wo wir sie nach vorne ins Licht heben; wir tun es vielmehr mit einer Vielzahl konkreter Anträge. Wir haben das "JuBeL-Paket" geschnürt gemeinsam mit dem Koalitionspartner, der ohne Frage auch sozial ist.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir haben hier erfolgreich zwölf Anträge eingebracht, die ganz konkret die Partizipation der jungen Generation in Bayern stärken und auf allen Ebenen voranbringen, und zwar von der Kommune bis zum Land.

Wir werden daran weiterarbeiten und nicht ruhen. Wir werden konkrete Vorschläge einbringen. Das ist mir nämlich wichtig; denn Jugendbeteiligung muss konkret funktionieren, und sie muss gemeinsam mit den Akteuren entwickelt werden. Ich bin froh, dass wir in Bayern mit dem Bayerischen Jugendring einen so unglaublich starken und verlässlichen Partner haben, mit dem wir über alles reden können und mit dem man auch vorankommt, wenn es darum geht, den Jugendlichen noch weitere Beteiligungsmöglichkeiten zuzugestehen. Dazu ein dickes Dankeschön an alle Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in der Kinder- und Jugendarbeit in Bayern! Eure Arbeit ist unverzichtbar im sozialen Gewächshaus Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte mit einem Gedanken schließen: Bei aller generationenübergreifenden Arbeit müssen und wollen wir sagen, dass die Kinder und Jugendlichen in Bayern unser Gold und unsere Zukunft sind. Wir werden weiterhin alles investieren, um diese Goldgrube für Bayern weiterhin zu heben und diesen Schatz zu pflegen. Ihr könnt euch sicher sein, dass bei uns die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, das Tun für Kinder und Jugendliche niemals nur ein Lippenbekenntnis ist. Wir machen aktive, engagierte und ehrliche Arbeit für Kinder und Jugendliche in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte noch einen Moment am Rednerpult. Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von der Kollegin Eva Lettenbauer. Bitte schön.

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Herr Kollege, ich habe gemerkt, dass Sie noch mehr Zeit brauchen. Ich habe eine konkrete Nachfrage. Im Bereich Jugendbeteiligung haben Sie zu Recht betont, wie wichtig es ist, auch auf die jungen Menschen zu schauen. Ich frage mich: Warum setzen Sie sich nicht dafür ein, dass wir wirklich ganz konkrete wirksame Elemente verankern, wie zum Beispiel, dass die Kommunen in Bayern verpflichtet werden, Jugendbeteiligung anzubieten? Wenn wir etwas wollen, dann muss es doch auch zum Beispiel in der Gemeindeordnung oder der Landkreisordnung verankert werden. Warum warten wir mit der Absenkung des Wahlalters?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Frau Lettenbauer, vielen Dank für die zusätzliche Minute, die Sie mir schenken. Was die konkrete Beteiligung betrifft: Ich habe Ihnen doch von den zwölf Anträgen erzählt, die wir eingebracht haben. Dazu zählt auch ein Antrag, der konkret die Verankerung der Jugendbeteiligung in den Kommunen steigert. Ich weiß, es wird Ihnen nicht gefallen; aber wir wollen dabei auch die Wahlfreiheit der Instrumente. Ich sage es Ihnen jetzt noch einmal – ich habe es am Podium bei den Jugendvertretungen schon gesagt –: Wenn Sie aufgepasst haben,

dann werden Sie auch gemerkt haben, dass die jungen Menschen bei dieser Diskussion sehr zufrieden waren mit dem, wie wir in Bayern mit den Anliegen der jungen Menschen umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Eva Lettenbauer (GRÜNE):

Nein! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ich glaube, dass wir das Thema Wahlalter ab 16 Jahren jetzt schon rauf und runter diskutiert haben. Bevor die Kollegen hier jetzt wieder einen roten Kopf kriegen, sage ich noch: Meine Position kennen Sie, Ihre Position kennen Sie ebenfalls, die restlichen Positionen kennen Sie auch. Schauen wir einfach, dass wir Mehrheiten bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Abgeordnete Jan Schiffers von der AfD-Fraktion. Herr Schiffers, bitte.

(Beifall bei der AfD)

**Jan Schiffers (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! "Ich bin auch Ministerin für den gesellschaftlichen Zusammenhalt", so in etwa die zutreffenden Worte von Frau Staatsministerin Scharf in der heutigen Regierungserklärung. Eine starke Gesellschaft beruht auf dem Einhalten von Regeln und gegenseitigem Respekt.

(Florian von Brunn (SPD): Das sagt gerade die AfD!)

Wo der Respekt vor dem anderen fehlt und Menschen nicht mehr als einzigartige Individuen betrachtet und behandelt werden, droht Gefahr für eine funktionierende Gemeinschaft. Eine enorm große Gefahr für den Zusammenhalt in der Gesellschaft besteht aktuell in einer immer aggressiver werdenden linken Identitätspolitik. Diese Identitätspolitik teilt die Menschen in vermeintliche Opfer und vermeintliche Privilegierte ein. Ausschlaggebend ist allein die Gruppenzugehörigkeit. Individualität zählt in die-

ser Ideologie nicht. Mit den Grundsätzen einer offenen Gesellschaft und einer liberalen Demokratie ist eine derartige Politik nicht in Einklang zu bringen.

Ein negatives Beispiel für eine Vertreterin dieser aggressiven und unheilvollen Ideologie ist Ferda Ataman. Es hat geradezu Orwell'sche Dimensionen, dass ausgerechnet diese Person, die den deutschen Staat, der sie bald fürstlich bezahlen wird, als "Kartoffelclub" verunglimpft und Deutsche diffamiert, zur Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung werden soll.

(Beifall bei der AfD)

Hier braucht es ein starkes Zeichen aus Bayern, um dieser unheilvollen Entwicklung entgegenzutreten, und ein klares Nein zu allen spaltenden und identitätspolitischen Bestrebungen.

(Beifall bei der AfD)

Aus unserer Sicht sind in der heutigen Regierungserklärung die Umbrüche, die durch den demografischen Wandel bevorstehen, zu kurz gekommen. Sie werden nach wie vor nicht angemessen berücksichtigt. Die Belastungen, die auf die junge Generation zukommen, werden gigantisch sein. Die jungen Menschen in Bayern sehen sich nicht nur einer vergleichsweise immer höheren Zahl von Rentnern gegenüber, diese jungen Menschen müssen auch die Konsequenzen einer gescheiterten Einwanderungspolitik tragen und eine Vielzahl von Hartz-IV-Empfängern finanzieren, die zwar nach Deutschland gekommen sind, aber auf dem Arbeitsmarkt nicht Fuß gefasst haben.

(Florian von Brunn (SPD): Immer das gleiche braune Lied, das Sie da singen!)

Viele kluge Köpfe warnen zunehmend vor der drohenden Überlastung des Sozialstaats. Beispielhaft sei hier der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn genannt. Herr Sinn warnt ganz offen und deutlich: "Die guten Zeiten sind vorbei." Das hat mehrere Ursachen, zum Beispiel die fortschreitende Inflation, die insbesondere auf den Handlungen bzw. Unterlassungen der EZB und ihrer komplett ungeeigneten Präsidien-

tin Christine Lagarde beruht und die die Menschen im Freistaat täglich ärmer macht. Aber auch die schon längst gescheiterte ideologisch motivierte Energiepolitik der GRÜNEN, der auch die Staatsregierung viel zu lange nachgerannt ist, ist eine dieser Ursachen. Natürlich: Durch den Angriffskrieg Russlands verschärft sich die Problematik der Bezahlbarkeit der Energie noch einmal. Dennoch muss festgehalten werden: Die Kostensteigerungen und die drohende Knappheit von Energie beruhen auf politischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre. Jetzt steuern wir auf eine Situation zu, die erheblichen sozialen Sprengstoff birgt.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte aber auch die positiven Aspekte der heutigen Regierungserklärung nicht unerwähnt lassen. Positiv hat mich überrascht, dass Frau Staatsministerin Scharf das Thema "Schutz des ungeborenen Lebens" angesprochen und die aktuellen Vorhaben der Bundesregierung und insbesondere der Bundesfamilienministerin mit deutlichen Worten kritisiert hat. Die Abschaffung des § 218 des Strafgesetzbuches ist nicht nur ein Tabubruch und eine einseitige Aufkündigung der seit Jahren bestehenden Kompromisslösung; sie ist auch mit der Werteordnung unseres Grundgesetzes und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in gar keiner Weise in Einklang zu bringen.

(Beifall bei der AfD – Ulrich Singer (AfD): Bravo!)

In der Thematik des Lebensschutzes unterstützen wir von der AfD alle Bestrebungen der Staatsregierung, die der Verbesserung des Schutzes des ungeborenen Lebens dienen und die Situation von ungewollt Schwangeren verbessern. Dennoch sind wir ganz klar der Meinung, dass aktuell in diesem Feld noch viel mehr getan werden kann und getan werden muss.

"Wir haben Bayern krisenfest gemacht", hieß es vorhin in der Regierungserklärung. Das ist zu bezweifeln; denn um für kommende Krisen gewappnet zu sein, wäre es dringend geboten, insbesondere die Corona-Maßnahmen zu evaluieren und kritisch

zu bewerten. Das ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt. Die Ankündigungen, insbesondere von Gesundheitsminister Holetschek, lassen für den Herbst Schlimmes erahnen und befürchten. Es wurden Fehler gigantischen Ausmaßes begangen. Insbesondere die psychosozialen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen werden nach wie vor nicht ausreichend gewürdigt, und dies, obwohl die kritischen Stimmen deutlich zugenommen haben.

Zur Erinnerung: Kinder wurden lange Zeit gezwungen, Masken zu tragen, obwohl dies aus Gründen des Infektionsschutzes weitgehend weder erforderlich noch nützlich war. Sie wurden von ihren Großeltern ferngehalten, von ihren Freunden getrennt und permanent mit düsteren Ankündigungen in Angst versetzt und gehalten. Von daher ist es wirklich nicht verwunderlich, dass psychische Erkrankungen wie Depressionen und Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen in erschreckendem Ausmaß zugenommen haben. Hier wartet auf die Staatsregierung viel Arbeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, diese Fehler aufzuarbeiten und es künftig besser zu machen.

Familienpolitisch halten wir es für unerlässlich, die traditionelle Familie zu stärken und hierauf eindeutig den Fokus zu legen. Die heute gefallene Aussage, "Familie ist, wo Verantwortung füreinander übernommen wird", halte ich für unzutreffend. Überspitzt formuliert trifft das ja auch auf jede Fußballmannschaft zu. Aktuell ist im Freistaat Bayern leider nicht zu erkennen, dass der Fokus auf den traditionellen Familien liegt. Die Familie aus Vater, Mutter und Kind, die den Kern jeder Gesellschaft bildet, ist derzeit nur noch eines von vielen Modellen, die irgendwie nebeneinanderher existieren. Die Bestrebungen der Ampel-Regierung lassen in dieser Hinsicht wirklich Schlimmes erahnen.

Entscheidend ist es aus unserer Sicht, die steuerliche Entlastung der Familien endlich voranzutreiben. Wir wollen die Menschen in Bayern ermutigen, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden. Dazu ist es wichtig, ein kinderfreundliches Umfeld zu schaffen und kinderfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten. Kinder sind nicht nur die Bei-

tragszahler von morgen; Kinder sind vor allem eine Bereicherung für jede Gesellschaft.

Bei der Kinderbetreuung sind wir der festen Überzeugung, dass Eltern eine echte Wahlfreiheit zwischen Eigenbetreuung und Fremdbetreuung ermöglicht werden muss. Viele Eltern entscheiden sich zumindest zeitweise für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen. Aus unserer Sicht ist es deshalb entscheidend, vor allem auf die Qualität in den Kitas zu setzen und weniger auf den schnellstmöglichen Ausbau von Kita-Plätzen. Unser aller Ziel muss es sein, Kindern eine unbeschwerte Kindheit und ein behütetes und angstfreies Aufwachsen zu ermöglichen. Hierzu gehört es auch, Kindern Freiräume zu lassen. Manche gut gemeinte Bestrebung im Zusammenhang mit frühkindlicher Bildung schießt hier leider über das Ziel hinaus. Kinder sollen Kinder sein können und keine kleinen Erwachsenen. Deshalb ist es wichtig, dass Kinder nicht mit Themen konfrontiert werden, die nicht altersgerecht sind.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

**Jan Schiffers (AfD):** Ich komme zum Ende. – Diese Themen können Kinder verstören und ihnen damit schaden. Eine Frühsexualisierung in Kitas und Grundschulen lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Diana Stachowitz von der SPD-Fraktion.

**Diana Stachowitz (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben heute einen Bericht der Sozialministerin gehört, der nicht von Selbstreflexion geprägt war. Ich erwarte von einer Regierung, dass sie sehr wohl sieht, wo sie etwas tun muss und wo sie hin will. Im Übrigen kann ich zum Sozialbericht gar nichts weiter sagen, weil er uns erst zwei Stunden vor der Rede der Ministerin zugegangen ist. Von daher

wird er im Sozialausschuss Thema sein. Hier geht es jetzt darum, wie wir in Bayern Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik gestalten.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ja, hier haben wir einiges zu tun, gerade für den Arbeitsmarkt. Sie als Arbeitsministerin – darauf setze ich heute den Schwerpunkt – sind in der Verantwortung, dafür zu sorgen, die verschiedenen Themenfelder der Arbeit zusammenzuführen. Sie sind die Arbeitsministerin. Arbeit ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, für eine hohe Lebensqualität und soziale Teilhabe. Alles, was wir heute gehört haben, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Einschränkung der Altersarmut und die Schaffung von Perspektiven für die Jugendlichen, damit sie sich gut und sicher in unserem Land fühlen, geht nur, wenn wir dafür entsprechend investieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich fange einfach mit den Ausbildungen an. Hier haben wir viel zu tun. Es gibt einen Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0. Sie sagen, wir sollten das gemeinsam anpacken. Wir machen das aber nicht gemeinsam. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte sitzen nicht an diesem Tisch. Auch die Jugendverbände sitzen nicht an diesem Tisch. Wenn wir gemeinsam etwas machen und für die Ausbildung etwas bringen wollen, dann gehören auch die Player mit an den Tisch, für die Sie etwas gestalten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind in der Verantwortung, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Jugendlichen dazu zu motivieren, hier eine duale Ausbildung zu machen. Wie sehen aber unsere Berufsschulen aus? – Darüber müssen Sie einmal mit Ihren Ministern sprechen, weil dort nicht nur im digitalen Bereich und im Baubereich, sondern insbesondere auch in die Begleitung der Jugendlichen wesentlich mehr investiert werden muss, damit sie in den Unternehmen auch wirklich ihre Ausbildung schaffen. Wir dürfen keinen Jugendlichen



verloren gehen lassen. Deswegen fordern wir einen Pakt für Berufsschulen, um diese dementsprechend mit Personal und Geldern auszustatten.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch unbedingt mehr Lehrkräfte, die die Kinder und Jugendlichen eben wirklich auf die Berufsausbildung vorbereiten können. Sie müssen eine Ausbildungs-garantie sicherstellen. Das fordert die SPD auf jeden Fall seit den letzten 15 Jahren, die ich hier schon im Bayerischen Landtag bin; wir bleiben da auch dran. Das ist der Weg, um wirklich keinen Jugendlichen verloren gehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, es gebe gute Arbeitskräfte aus der Ukraine; das ist vielleicht etwas verkürzt dargestellt. Aber wir wollen nicht, dass Auszubildende mit Migrationshintergrund Auszubildende zweiter Klasse sind. Wir wollen, dass alle Migrantinnen und Mi-granten und all diejenigen, die eben hierherkommen, auch eine Chance auf Ausbil-dung haben. Deswegen gilt es, sich auch hier bei Ihren Kollegen dafür einzusetzen, dass diese Kinder eine Ausbildung machen können und ihre Berufsqualifikation aus dem Heimatland anerkannt wird – und das bei jedem! Dafür wird die Bundesregierung sorgen. Ich hoffe, dass Sie diesmal den Schritt mitgehen und sich nicht wie sonst dar-auf berufen, dass die Bundesprogramme nicht ausreichen, sondern Sie diese viel-leicht als Freistaat Bayern dementsprechend ergänzen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, als Mittelständlerin sei es Ihnen besonders wichtig; dazu möchte ich schon Folgendes anmerken: Wir wissen aus Studien, dass Jugendliche mit Migra-tionshintergrund oder einem nicht deutschen Namen eben gar kein Vorstellungsges-präch bekommen, weil sie schon hier diskriminiert werden. Daher sage ich Ihnen: Schauen Sie hier bitte, dass es einen Pakt mit den entsprechenden Kammern, Ge-werkschaften und Betriebsräten gibt, damit diese Jugendlichen auch weiterkommen.

(Beifall bei der SPD)

Dem Fachkraftmangel werden wir nur entgegentreten können, wenn wir den Menschen hier eine zukunftsfeste Ausbildung anbieten und Arbeitsplätze von morgen sowohl bei den Bildungsinhalten als auch in der Frage der Weiterbildung und zweiten Ausbildung hier tatsächlich mitgestalten. Ich hoffe, dass Sie auch hier die Bundesinitiativen unterstützen werden, damit wir bei der Transformation eben nicht das Schlusslicht sind, sondern auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Transformation der Arbeitswelt von morgen vorbereitet sind.

Zudem sage ich ganz deutlich: Bei fast einer Million Beschäftigten im Niedriglohnsektor gilt es, nicht nur endlich ein Weiterbildungsgesetz, sondern ein Tariftreue- und Vergabegesetz zu machen, damit auch diese Menschen vor der Altersarmut bewahrt werden und gute, qualifizierte Jobs haben, sodass sie auch eine vernünftige Rente haben, von der sie leben können, und ein Einkommen haben, von dem sie ihre Miete bezahlen können.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss – meine Zeit reicht nicht – möchte ich gerne noch einmal ganz deutlich machen, dass Beruf und Familie unbedingt vereinbar sein müssen. Die Arbeitgeber und die Gesetze müssen im Hinblick auf Homeoffice-Regelungen oder Regelungen zu bestimmten Lebensphasen entsprechend vorbereitet und flexibel sein. Unternehmen müssen Arbeitszeiten anbieten, damit Familie und Beruf mit Homeoffice einfach vereinbar sind. Ich möchte noch ganz kurz erwähnen: Alle Frauen, die kein Kind haben, weil sie vielleicht ihr Leben selbstbestimmt so gestaltet haben, sind auch bei der SPD gut aufgehoben; wir hatten heute den Eindruck, dass man nur eine Frau sei, wenn man entsprechend Kinder bekommen könne. Ich darf als Mutter von zwei Kindern und als Großmutter von vier Enkelkindern sagen, –

(Widerspruch bei der CSU – Thomas Huber (CSU): Das ist eine Unverschämtheit!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Abgeordnete, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

**Diana Stachowitz (SPD):** – dass mir dieses Thema zu kurz gekommen ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Högl von der CSU-Fraktion.

**Petra Högl (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Stachowitz, Ihre Unterstellung, mittelständische Betriebe würden Auszubildende oder junge Leute nicht zu einem Bewerbungsgespräch einladen, finde ich unmöglich.

(Diana Stachowitz (SPD): Das ist keine Unterstellung!)

Das ist nicht so; das kann ich Ihnen bestätigen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben selbst einen Betrieb zu Hause; bei uns spielt das keine Rolle.

Bayern ist das Familienland Nummer 1. Wir wollen den Familien Mut und Lust auf Familie machen. Wir wollen Mut machen. Als CSU-Landtagsfraktion wollen und werden wir auch weiterhin viel für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft in unserem Land tun. Ja, es ist richtig: Es gibt Herausforderungen in der Familienpolitik. Die nehmen wir gerne an und handeln auch dementsprechend. Folgendes familienpolitische Anliegen ist für uns von zentraler Bedeutung: Wir wollen den Kindern und Jugendlichen in Bayern beste und gleiche Bildungs-, Entwicklungs- und Lebenschancen eröffnen. Auch ist es unser Bestreben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kontinuierlich weiter zu verbessern. Denn erst dadurch schaffen wir ein möglichst hohes Maß an Wahlfreiheit für die individuelle Lebensgestaltung der Familien.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gerade bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf treiben wir einiges voran. Ich möchte dies an drei Punkten festmachen: Erstens schaffen wir bedarfsgerechte Betreuungsangebote für unsere Kinder. Zweitens entlasten wir die Familien finanziell, und drittens stellen wir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft im Familienpakt Bayern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt.

Zum ersten Punkt: Wir arbeiten daran, dass wir in Bayern optimale und bedarfsgerechte Angebote bei der Kinderbetreuung haben. Hierzu unterstützen wir die Kommunen finanziell stark beim Ausbau der Kita-Plätze. Allein in dieser Legislaturperiode werden bis zu 73.500 neue Betreuungsplätze für Kinder im Alter zwischen null bis sechs Jahren geschaffen. Mit einem Maßnahmenbündel arbeiten wir daran, zusätzlich notwendiges Fachpersonal für den weiteren qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuungsangebote zu gewinnen. Das ist sehr wichtig; denn der Fachkräftebedarf ist enorm. – Liebe Frau Sandt, Sie haben vorhin nach Schulen gefragt. In Kelheim startet im September eine Ausbildung zum Kinderpfleger bzw. zur Kinderpflegerin. Zwei Klassen sind voll; das ist die Schule, die wir installieren. Es gibt sie.

(Julika Sandt (FDP): Das ist keine Schule!)

Auch im Bereich der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder investiert der Freistaat weiter. So schaffen wir bis 2025 10.000 zusätzliche Hortplätze. Trotzdem wird die Ganztagsbetreuung eine Herausforderung werden.

Zum zweiten Punkt: Wir unterstützen und entlasten Bayerns Familien finanziell, wie es die Ministerin und mein Kollege Thomas Huber bereits erwähnt haben. Es gibt das Familiengeld, das Bayerische Krippengeld und auch den Beitragszuschuss für den Kindergarten. Dieser Dreiklang aus landespolitischen Familienleistungen ist ein wichtiger Beitrag gegen Kinderarmut.

Auch der dritte Punkt zeigt, dass wir mit dem mit der bayerischen Wirtschaft geschlossenen Familienpakt Bayern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranbrin-

gen. Dabei sollen familienfreundliche Rahmenbedingungen im Beruf geschaffen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichtbar gemacht und auch familiäre Verantwortung gewürdigt und unterstützt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir arbeiten in Bayern auch weiterhin daran, dass unsere Kinder beste und gleiche Bildungs-, Lebens- und Entwicklungschancen haben. Wir arbeiten auch weiter daran, dass unsere Familien ein hohes Maß an Wahlfreiheit für die individuelle Lebensgestaltung haben. Diese erreichen wir, indem wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestmöglich fördern und unterstützen. Ich bin unserer Sozialministerin Ulrike Scharf sehr dankbar dafür, dass sie ein großes Augenmerk auf gute und verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Familien hat. Die Familienverbände werden dabei eng eingebunden. Gemeinsam wird an Verbesserungsmöglichkeiten gearbeitet.

Bayern gemeinsam sozial gestalten, das ist unser Ziel. Dafür treten wir mit aller Kraft ein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich ein paar Eindrücke der letzten Tage schildern. Kindergartenkinder, die bei einer Einweihungsfeier etwas aufgeregt, aber trotzdem selbstbewusst ein Gedicht aufsagen – super. Engagierte Mitglieder, die beim "Tag der Vereine" der Gemeinde die ehrenamtlichen Aktivitäten der Bürger und Bürgerinnen zeigen – mega. Ein Perspektivwechsel: Menschen mit und ohne Behinderung rollen im Rollstuhl gemeinsam durch Mainburg, um zu sehen, wo es kleine oder große Hürden gibt – sensationell, kann ich sagen. Ein paar Beispiele von sozialem Engagement in Bayern. Lassen Sie uns Bayern weiterhin so gestalten, damit Bayern weiterhin sozial bleibt.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Es gibt noch die Meldung zu einer Intervention. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Diana Stachowitz von der SPD gemeldet. Frau Stachowitz.

**Diana Stachowitz (SPD):** Bei der SPD gehen Migranten nicht verloren. Wir nehmen sie zu Bayern dazu. Deswegen haben wir uns natürlich mit dem BIBB-Datenreport beschäftigt. Darin ist niedergelegt, dass hier Menschen mit ausländisch klingendem Nachnamen häufig nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden und noch schwerer einen Ausbildungsplatz bekommen und dass 234.000 Jugendliche mit einem Migrationshintergrund eine Maßnahme für den Übergangsbereich angefangen haben und dort versacken und nicht zu einem berufsqualifizierenden Abschluss gelangen. Diese Probleme machen sehr deutlich, dass die Migranten im Freistaat vernachlässigt werden.

(Carolina Trautner (CSU): Das sind deutschlandweite Zahlen!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Högl, bitte.

**Petra Högl (CSU):** Also ich kann mich erinnern, dass der vbw-Geschäftsführer, Herr Brossardt, gesagt hat, dass in Bayern Migranten sehr gut integriert werden konnten. Sie haben Ausbildungsplätze angeboten bekommen. Das funktioniert sehr gut. Ich kann Ihnen – –

(Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

– Jetzt rede ich und nicht Sie.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen noch sagen: Wir haben einen Betrieb zu Hause. Bei uns spielt der Name keine Rolle, egal ob er deutsch oder amerikanisch oder österreichisch oder serbisch ist. Das ist ganz egal. Der wird zum Vorstellungsgespräch eingeladen. So wird das gehandhabt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Frau Ministerin, als Sie das Strafgesetzbuch für Frauen in Not bei Schwangerschaftsabbrüchen gerade verteidigten und die Männer klatschten, da hat es mir für heute schon gereicht. Ich danke unserer Familienministerin und der gesamten Ampel an dieser Stelle ausdrücklich dafür, dass sie sich um einen neuen Konsens in dieser Frage bemühen; denn der alte Kompromiss ist schon lange kein Konsens mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Einen Punkt aus Ihrer Rede möchte ich aufgreifen. Es geht um das Thema Gehörlosengeld. Sie haben gesagt, dass Sie die Sorgen und Nöte der gehörlosen Menschen hören. Ich frage mich, was dann daraus wird. Sie sitzen mit Ihrer gesamten Fraktion seit Jahren im Landtag und lehnen jeden Antrag auf ein Gehörlosengeld ab. Sie haben eine Petition vorliegen, die von 13.000 Menschen unterschrieben wurde. Es gab Fachgespräche, es gab Anträge, es gab Gesetzentwürfe von den verschiedensten Oppositionsfraktionen, und es ist nichts, absolut nichts dabei rausgekommen außer eine lächerliche einjährige Beihilfe, aber kein echtes Gehörlosengeld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Teilhabe lässt sich durch den Abbau von Barrieren erreichen. Zum Thema "Bayern barrierefrei": Sie haben es selber gebracht und haben unendlich hohe Zahlen genannt, die angeblich dafür aufgewendet worden seien. Es gibt keinen Haushaltstitel für das Thema "Bayern barrierefrei", das vor zehn Jahren großspurig von Ministerpräsident Seehofer versprochen wurde. Die Leistungen, die Sie zusammenrechnen, sind zum größten Teil Leistungen, die vorher schon beschlossen waren, die vom Bund kommen und durchgereicht werden. Aber die zusätzliche Finanzierung, das damals klar ange-

kündigte Sonderinvestitionspaket, existiert nicht in einer Form, die dem hehren Ziel, Barrierefreiheit zu schaffen, auch nur annähernd angemessen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Knackpunkt ist ja, dass das Thema "Bayern barrierefrei", der versprochene Abbau von Barrieren im gesamten öffentlichen Raum und eben nicht nur im staatlichen öffentlichen Raum – es war im gesamten öffentlichen Raum versprochen worden –, seit Jahren vor sich hin dümpelt. Die Gesetze, die Sie in den letzten Jahren erlassen haben, während dieses Programm läuft, sind nicht adäquat, um da etwas zu erreichen.

Ich bringe ein Beispiel: Die E-Government-Verordnung der Bayerischen Staatsregierung sagt, dass wenigstens einige Angaben auf den Startseiten von Webseiten bayerischer Behörden barrierefrei bereitgestellt werden sollen. Das wird in dem gleichen Artikel schon so eingeschränkt, dass nahezu keine Behörde mehr dabei ist. Kommunen sind nicht dabei. Landkreise sind nicht dabei. Es sind nur Ausnahmen. Die Ausnahmen sind länger als der ganze Artikel. Am Schluss ist es nur eine freiwillige Kür und nicht wirklich eine Verpflichtung. Solche Gesetze haben Sie die ganzen Jahre über während "Bayern barrierefrei" gemacht. Da frage ich mich, wie ernsthaft Sie dieses Ziel jemals verfolgt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den vergangenen neun Jahren, in denen Bayern Geld wie Heu zu verteilen hatte – als Wahlkampfgeschenke für möglichst viele, überall mit der Gießkanne –, da sind Menschen mit Behinderung trotz der großen Ankündigungen unter Ihrem Radar geblieben. Das ist und bleibt der Style der CSU.

Letzter Punkt: Teilhabe von Menschen mit Schwerbehinderungen am Arbeitsleben. Schon 1998 galt eine Schwerbehindertenquote von 6 % und nicht 5 % wie heute.



**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Abgeordnete, denken Sie an Ihre Redezeit.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Die Staatsregierung hat Quoten für Menschen mit Behinderungen im Staatsamt eingeführt. Das ist alles heute nicht mehr der Fall.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eine lange Debatte zur Regierungserklärung liegt jetzt hinter uns. Ich darf als letzter Redner unserer Fraktion noch einmal Stellung nehmen und habe auch nur noch acht Minuten. Kolleginnen und Kollegen, was aus meiner Sicht das Wichtige ist: Bayern hält zusammen. Das macht unsere Gesellschaft, unseren Freistaat aus, Kolleginnen und Kollegen. Wer das nicht glauben will, der muss nur auf die letzten Krisen, die wir gemeinsam durchgestanden haben, und auf die Erfolge der letzten Jahrzehnte schauen. Das macht unser soziales Bayern aus. Daran haben vor allem die Menschen ihren Anteil. Aber an der Stelle kann man der aktiven Sozialministerin, Frau Staatsministerin Scharf, und auch ihren Vorgängerinnen Carolina Trautner, Kerstin Schreyer und Emilia Müller mal ein Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, wie die Menschen draußen diese Debatte erlebt haben. Aber eines ist doch klar: Viele Menschen machen sich in der momentanen Situation Sorgen; Sorgen angesichts der Krise in der Ukraine mit der Frage, wie es mit unserem Land und wie es mit ihnen persönlich weitergeht; Sorgen im Hinblick auf die noch nicht überstandene Pandemie. Die Staatsministerin hat in ihrer Regierungserklärung, glaube ich, alle sozialen Bereiche angesprochen, nicht alle Punkte, auch nicht alle Ziele; aber sie hat aufgezeigt, wo die Handlungsfelder dieser wichtigen, vielleicht der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgabe des Zusammenhalts sind. Sie hat

es mit Empathie getan, mit großem Engagement. Frau Staatsministerin, dafür von unserer Fraktion an der Stelle ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle sei gesagt: Sozialpolitik braucht keinen blinden Eifer. Sie braucht auch keine Sprechgeschwindigkeit wie ein Maschinengewehr, Kollegen von der grünen Seite, und auch nicht Schaum vor dem Mund. Sozialpolitik braucht keine Ideologie. Sozialpolitik braucht keine Allgemeinplätze, liebe Kollegin von der FDP. Sozialpolitik braucht vielmehr Engagement, sie braucht Empathie, und sie braucht auch Pragmatismus, sonst werden wir die Aufgaben nicht bewältigen.

Zu der Frage der frühkindlichen Bildung und zur Kinderbetreuung ist viel geredet worden. Am Ende der Debatte möchte ich eines hervorheben: In Bayern wurden von 2008 bis 2020 1,9 Milliarden Euro in den Ausbau der Kitas investiert. Sie können aber nicht sagen, das Geld wäre vor allem aus Berlin gekommen, denn 1,2 Milliarden Euro stammten aus Landesmitteln. Das heißt, wir haben noch mehr als der Bund in diesen Bereich investiert. Das werden wir auch weiter tun.

Sie sprechen die Frage der Betreuung in den Kindergärten und in den Schulen an, die uns alle umtreibt. Schauen wir uns doch einmal die Entwicklung der Zahlen unserer Fachkräfte an: Von 2006 bis 2021 ist die Zahl der Fachkräfte von 23.800 auf 56.565 angestiegen und die Zahl der Ergänzungskräfte von 21.800 auf 53.600. Ich glaube, es gibt kaum ein Berufsfeld in Bayern, bei dem wir eine solche Steigerung von ausgebildeten Fachkräften erlebt haben. Das ist eine große Leistung für unser Land. Natürlich müssen wir mit Pragmatismus überlegen, wie wir dem wachsenden Bedarf Rechnung tragen,

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

wie wir den Anforderungen der modernen Gesellschaft mit einer wesentlich größeren Inanspruchnahme von Fremdbetreuung gerecht werden. Ich bin überzeugt, die Sozial-

ministerin ist mit ihrem Ministerium dabei auf dem Weg. Hier brauchen wir Pragmatismus. An dieser Stelle möchte ich einmal meine persönliche Meinung äußern. Ich bin stellvertretender Vorsitzender eines Kindergartenträgervereins. Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass wir zumindest für eine Übergangszeit überlegen müssen, wie wir die Fachkräfte so einteilen, dass wir Einrichtungen nicht schließen müssen, weil wir einen Quotienten nicht erfüllen. Wir müssen uns überlegen, wie wir vorankommen, auch wenn die Ausbildungszahlen weiter steigen. Trotzdem werden diese Ausbildungszahlen nicht ausreichen. Ich glaube, diese Frage beschäftigt das Haus der Ministerin, sie beschäftigt die Ministerin und sie beschäftigt auch uns. Es geht nicht darum, Qualität abzubauen, sondern es geht darum, dafür zu sorgen, dass Einrichtungen ihre Gruppen nicht abbauen und schließen müssen, weil sie sich an dieser Stelle nicht an der bürokratischen Anforderung orientieren können.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Das ist nur ein Beispiel von vielen, bei denen es nicht um Ideologie und um Forderungen geht,

(Alexander König (CSU): Sondern um Lösungen!)

sondern es geht darum, dass wir einen gemeinsamen Weg finden. Dafür müssen wir uns auf den Weg machen.

Frau Kollegin Stachowitz – ich weiß nicht, wo sie gerade sitzt, ob sie noch da ist –, natürlich kann man aufzählen, was man alles für gut und richtig hält und was man sich alles wünscht. Aber Politik ist eben kein Wunschkonzert, Kolleginnen und Kollegen. In einer Krise kann man nicht alles verwirklichen, was man sich persönlich wünscht. Man muss vielmehr nachdenken, man muss Prioritäten setzen. Das macht die Frau Staatsministerin, das macht unsere Koalition, und insoweit werden wir dafür sorgen, dass Bayern auch in Zukunft zusammenhält, damit wir auch in Zukunft Krisen gemeinsam und erfolgreich bewältigen. Dann werden wir auch in Zukunft Erfolge haben. Dafür

steht die CSU, dafür steht die Koalition mit den FREIEN WÄHLERN, dafür steht aber vor allem die Staatsministerin. Vielen Dank und danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.